

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 137 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 6/2006 VOM 1. JUNI 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | »Wer regiert
uns eigentlich?«

Soziale Stellung der Stadtverordneten

4/5 | Elf Tage im Mai

Der Schülerstreik in Eberswalde

12 | Ökologie und Ökonomie
in Einklang bringen

Bewirtschaftung des Stadtwaldes

Schulbehörden und die Demokratie

Laut Brandenburgischem Schulgesetz sind auch Klassenstärken mit 15 Schülern möglich



Ausgefallene Fassadengestaltung an der Albert-Einstein-Oberschule. Die 33 Plastensäcke mit aufgemalten Gesichtern symbolisieren die 33 für die Klassenstufe 7 angemeldeten Schülerinnen und Schüler. Doch im Riesenplakat klaffen 7 Lücken, laut Staatlichem Schulamt entscheidende Lücken ...

Die MOZ hat am 11. Mai berichtet, Behörden würden sagen, jede Klassenstufe müsse mindestens 40 Schüler haben, das sei »ein demokratisch zustande gekommener Beschluß« der Landesregierung. Und der Pressesprecher des Bildungsministers habe hinzugefügt, nach diesem Prinzip habe man auf dem Land schon viele Schulen dicht gemacht. Um so schlimmer, sage ich!

Was »demokratisch« zustande gekommen war, ist das Brandenburgische Schulgesetz. Zwar hat der Minister gewisse Vollmachten, Richtwerte für die anzustrebende Klassenstärke vorzugeben. Doch das »demokratisch« zustande gekommene Gesetz schreibt dem Minister vor allem vor, wie er seine Vollmachten gebrauchen muß. Weicht er ab davon, so ist das Willkür. Das wird regelmäßig verschwiegen.

Im Schulgesetz von 1996 – Abschnitt 2 »Auftrag der Schule« - ist in 14 + 2 Punkten sehr gut und fortschrittlich und demokratisch festgelegt, was Schule zu leisten hat. Das wird aber unterlaufen, wenn Schüler gezwungen werden, längere Schulwege in Kauf zu nehmen, wenn gewachsene Klassenverbände zerrissen werden, und wenn eine Schule aus dem Stadtbezirk, der ihre Heimat ist, herausgerissen wird. Der grundlegende Abschnitt des Schulgesetzes gibt den Schülern auch Rückhalt, nicht als ungeliebte Wechselbälge von einem Ort zum anderen geschubst zu werden. Achtung vorm Schüler ist geboten durch das Schulgesetz! Und wenn die Klassen dann nur 15 Schüler haben? Das ist pädagogisch vorteilhaft! Den Vorteil zu nutzen gebietet das Schulgesetz. Daran ist jede Behörde gebunden. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – das Grundgesetz – und die Verfassung Brandenburgs (jeweils Artikel 80) schreiben allen Ministern vor, solche grundlegenden Bestimmungen einzuhalten, wenn sie ihre Ämter ausüben.

Wenn sie dem zuwider handeln, brechen sie Verfassung und Schulgesetz. Schon vor vier Jahren habe ich in Eberswalde versucht, Auszüge aus dem Schulgesetz auf Flugblättern bekannt zu machen. Die Schulleiterin aber beschlagnahmte die Texte. Auch Herren des Ministeriums handeln scheinheilig dem Schulgesetz zuwider, das sie im Munde führen. Über die Jahre kam so ein ganzes Sündenregister zustande. Das habe ich den Herren auch ins Gesicht gesagt, nur noch etwas schärfer. Die streikenden Schüler aber verteidigen ihre Schule, ihr Stadtviertel, die Demokratie und die Gesetzlichkeit.

Dr. RAINER THIEL

Besuch der Stadtverordnetenversammlung

Bürgerinnen und Bürger aus Finow und dem Brandenburgischen Viertel, die Abgeordneten unseres Stadtparlamentes geben gerade unsere letzte Finower Oberschule (Albert-Einstein) an den Landkreis ab. Der Landkreis aber hat schon zugesichert, daß die Schule dann geschlossen wird. Ist den Verantwortlichen in der Politik Stadtentwicklung egal? Ist der Politik Finow egal?

Wir müssen die Abgabe der Oberschule verhindern!!!!

Auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung soll eine Entscheidung fallen.

Darum gehen wir, Schüler/innen und Eltern, EinwohnerInnen zur nächsten Versammlung des Stadtparlamentes.

Donnerstag, den 1. Juni 2006, 18 Uhr Haus Schwärzetal

ab 17.30 Uhr Auftaktveranstaltung vor dem Haus

Kommen Sie mit !!!!!

»Schülerstreik in Eberswalde« (<http://demokratie.de.funpic.de/>)

Entscheidung ist gefragt

Bündnis 90/Grüne Barnim: Flugplatz Finow aus der Liste prioritärer Projekte streichen

Angesichts des begonnenen Raumordnungsverfahrens ist die Diskussion um die Planungssicherheit für den Flugplatz Finow neu entfacht. Kreisverwaltung und Kreistag müssen sich entscheiden, in welche Richtung sie gehen wollen.

Soll, wie bisher praktiziert und verlaublich, der Barnim zu einer Tourismus- und Gesundheitsregion entwickelt oder ein Regionalflughafen für Billigflieger unterstützt werden?

Beides gleichzeitig geht nicht. Das wird bereits jetzt an Konflikten bei der Genehmigung von Wohn- und Ferienprojekten deutlich.

Gerade im Umfeld des Flugplatzes haben Kreis, einzelne Kommunen und viele Privatunternehmer bereits eine Menge für die Entwicklung des Tourismus und einer attraktiven Wohnregion im Grünen getan. Man denke an die Fernradwege Berlin-Usedom und Oder-Havel, den Finowkanal, die Wohnstandorte in Marienwerder und Finowfurt und die Marinas. In den kommenden Jahren sollen allein in Projekte wie die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg (WIN) oder das Projekt Hafendorf Marieninseln in Marienwerder zig Millionen Euro investiert werden. Wie paßt das mit einem Flughafen für 85-Tonnen-Maschinen und einer Million Fluggäste pro Jahr in unmittelbarer Nachbarschaft zusammen? Wie werden wohl die Rad- und Bootstouristen die Idylle an der Grafenbrücker Schleuse genießen, wenn ein Düsenjet im Landeanflug über ihre Köpfe donnert? Welcher Investor wird ein Ferienhaus mit Bootsteg in der Einflugschneise eines Flughafens kaufen?

Die vorhandenen und geplanten Wohnsiedlungen sowie die touristischen Projekte sind handfest. Das zarte Pflänzchen Tourismus entwickelt sich und bietet Zukunftschancen.

Die Flugplatzpläne dagegen sind nach wie vor Luftschlösser. Ihre Realisierbarkeit ist völlig ungewiß. Deshalb die wirtschaftliche Entwicklung in Wachstumsbranchen zu behindern oder zu gefährden, ist nicht gerechtfertigt. Inzwischen ist die Genehmigung für den Großflughafen Schönefeld erteilt. Dort sind bereits Tausende Menschen von den Lärmbelastungen betroffen. Unsummen müssen für Umsiedlungen und Lärmschutz ausgegeben werden. In einer Entfernung von rund 50 km einen weiteren Flugplatz für große Maschinen zu etablieren, der die Wohn- und Einkommenssituation für sehr viele Menschen zugunsten des Profites weniger verschlechtert, ist kaum zu vertreten.

Bündnis 90/Die Grünen rufen daher den Kreistag auf, den Flugplatz Finow aus der Liste der Prioritären Projekte zu streichen. Marienwerders Bürgermeister und CDU-Kreisfraktionsvorsitzender Danko Jur sollte endlich eindeutig bekennen, wofür er steht.

KARL-DIETRICH LAFFIN

250 Euro für den Klimaschutz

Eberswalde (bbp). Nach dem im Dezember beschlossenen Austritt der Stadt Eberswalde aus dem »Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.)« hatten sich im Januar die Vertreter der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim, des Energiesparkontor Barnim e.V., der Eberswalder Bündnisgrünen und des Vereins Lokalen Agenda 21 Eberswalde e.V. mit der Forderung an die Stadtverordneten gewandt, diesen Austritt rückgängig zu machen. Um die Sanierung des städtischen Haushalts nicht zu gefährden, erklärten sie sich bereit, der Stadt den Mitgliedsbeitrag von jährlich ca. 250 Euro zu spenden. Daraufhin beschlossen

die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 23. Februar mit großer Mehrheit, die Kündigung der Mitgliedschaft im Klimabündnis rückgängig zu machen. Trotz fehlender Kontaktaufnahme seitens der Stadtverwaltung begannen die vier Organisationen mit Einsammeln von Spendengeldern, zuletzt im Zusammenhang mit den Aktionen zum Tag der Erneuerbaren Energie am 29. April (vgl. BBP 5/2006).

Inzwischen wurden 250 Euro zur Finanzierung des 2006er Klimabündnis-Mitgliedsbeitrages an die Stadtkasse überwiesen. Die StVV-Sitzung am 1. Juni soll zur offiziellen Übergabe der Spende an die Stadt genutzt werden.

Abgabe der Schulen rückgängig machen

Die Stadtfraktion der Linkspartei.PDS Eberswalde hat zur StVV am 1. Juni beantragt, den Beschluß vom 14.12.2005 zur Abgabe der weiterführenden Schulen zum Schuljahresende 2005/2006 aufzuheben.

Die Äußerungen auf dem sogenannten »Bildungsgipfel« des Landkreises dürften nunmehr auch die letzten Illusionen zerstört haben, der Landkreis würde die von der Stadt vorgeschlagenen Standortvarianten in seiner Schulentwicklungsplanung berücksichtigen. Der Auftrag an die Stadtverwaltung, dies in den Verhandlungen mit dem Kreis durchzusetzen, war im Dezember Bestandteil des Beschlusses.

Nun müssen wir erfahren, daß Vertreter der Stadt zu diesem »Bildungsgipfel« nicht einmal eingeladen waren. Obwohl es zum nicht geringen Teil um die Schulen in Eberswalde ging.

Die Stadtverordneten aller Fraktionen sollten dieses Signal verstanden haben. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Es geht um die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die von den Plänen des Landrates betroffen sind. Es geht um die Entwicklung unserer Stadt.

Durch den im März beschlossenen ausgeglichenen Haushalt wurde zudem das Haushaltssicherungskonzept vom Dezember hinfällig. Damit entfällt zugleich das Hauptargument, das die Abgabe der Schulen begründete.

Ja es stimmt. Wir müssen auch künftig sparen. Aber nicht zuerst bei der Bildung, nicht bei den Kindern, nicht bei den Schulen und Kitas.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der Fraktion Linke.PDS in der StVV Eberswalde

Solidarisch mit den Einstein-Schülern

Eberswalde (bbp). Der Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule löste eine breite Solidaritätsbewegung aus. Bei der Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« gingen zahlreiche Solidaritätserklärungen ein, die zu veröffentlichen unsere Platzkapazitäten weit überschreiten würden. Die meisten dieser Soli-Adressen sind gleich nach Eingang im BBP-Forum, der eMail-Info- und Diskussionsliste der »Barnimer Bürgerpost«, veröffentlicht worden (bbp-forum-subscribe@yahoo.com).

Bereits einen Tag nach Streikbeginn bekundeten die Eberswalder Montagsdemonstranten den streikenden Schülern ihre Unterstützung (Seite 9). Auch die Barnimer Jungsozialisten (Jusos), die Jugendorganisation der SPD, bezeugten ihre Solidarität. Sie sehen die entstandene Situation als Zeichen des Versagens von Schulamts und Politik. Häufig werde vergessen, »daß eines Tages die Jugend die Gehälter und Pensionen für Politiker und Verwaltungsbeamte bezahlen muß«. Mitglieder der Eberswalder PDS nutzten ihre Mitgliederversammlung am 12. Mai, um den Streikenden ihre Sympathien

zu bekunden, nachdem die Stadtvorsitzende Maria Kausch persönlich eine der Kundgebungen auf dem Schulhof besucht hatte. Auch die Landtagsabgeordnete für Eberswalde Margitta Mächtig (PDS), zugleich Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion, besuchte den Schülerstreik.

Eine mutmachende Aufforderung zum gemeinsamen Kampf erhielten die Schüler von der Elterninitiative Kita »SPATZENNEST« (Seite 6). Am 18. Mai erklärten sich schließlich auch die Mitglieder und Sachkundigen Einwohner der Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler solidarisch mit den bis dahin streikenden Schülern. »Wir finden es sehr gut, daß Schüler und Eltern mutig ihre Interessen artikulieren und sich auf diese Weise für ihre Schule und ihr Wohngebiet einsetzen.« Ausdrücklich unterstützt die Fraktion die Forderung nach Zulassung von 7. Klassen auch bei formaler Unterschreitung der geforderten Schülerzahl. Fraktionsmitglied Dr. Spangenberg von der Allianz Freier Wähler habe den Schülerstreik aktiv durch zwei Stunden Alternativunterricht im Fach Holzkunde unterstützt.

»Wer regiert uns eigentlich?«

Eberswalde (bbp). »Wer regiert uns eigentlich?«, fragte die Bürgerpostleserin Gisela M. »Welchen sozialen Schichten entstammen die Eberswalder Stadtverordneten? Wenn man das weiß«, meinte die Leserin, »werden bestimmte Entscheidungen in der StVV vielleicht verständlicher.«

Die BBP will dieser Frage gern nachgehen. Für die Erstellung einer soziologischen Studie fehlt natürlich das nötige Kleingeld. Die nachfolgende Analyse kann sich also nur auf allgemein zugängliche Informationen gründen, die da wären: Wohnort, Beruf/Tätigkeit, Alter.

1. Wohnort

	SPD	PDS	CDU	Grüne/BFB	FDP	AfW	Sonstige	Summe
Ostend	-	1	-	-	-	1	-	2
Nordend	1	-	-	-	-	1	-	2
Leibnizviertel	-	1	-	-	-	-	-	1
Stadtmitte	3	3	3	2	1	-	1	13
Westend	1	1	1	1	1	-	-	5
Brdb. Viertel	-	1	-	-	-	-	-	1
Finow/Ost	-	-	-	-	-	-	-	-
Finow	4	1	2	1	1	1	-	10
Cl.-Zetkin-Siedl.	1	-	1	-	-	-	-	2
Summe	10	8	7	4	3	3	1	36
Plattenbausiedlung	-	2	-	-	-	-	-	2
Innerstadt. Altbau	3	3	3	2	-	-	1	12
Stadttrandsiedlung	7	3	4	2	3	3	-	22
Eberswalde	5	6	4	3	2	2	1	23
Finow	5	2	3	1	1	1	-	13

2. Beruf/Tätigkeit

	SPD	PDS	CDU	Grüne/BFB	FDP	AfW	Sonstige	Summe
Rentner	1	3	1	-	1	2	-	8
Rechtsanwälte	-	1	1	-	-	-	-	2
Selbständige	1	-	4	-	-	-	1	6
Lehrer	1	-	-	-	1	-	-	2
Studenten	-	-	-	2	-	-	-	2
öff. Einricht.*	5	3	-	1	-	1	-	10
Angestellte	-	1	-	-	-	-	-	1
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-
Unbekannt	2	-	1	1	1	-	-	5
Summe	10	8	7	4	3	3	1	36

* Zu den öffentlichen Einrichtungen zählen hier alle öffentlichen Betriebe und Einrichtungen, einschließlich öffentlich finanziert Wohlfahrtsorganisationen, Vereine sowie Parteien.

3. Alter

	SPD	PDS	CDU	Grüne/BFB	FDP	AfW	Sonstige	Summe
< 30	-	-	-	2	-	-	-	2
31-40	3	-	1	-	-	-	-	4
41-50	1	4	3	2	-	-	1	11
51-60	1	1	1	-	1	1	-	5
61-69	5	2	1	-	1	1	-	10
> 70	-	1	1	-	1	1	-	4
Summe	10	8	7	4	3	3	1	36

4. Geschlecht

	SPD	PDS	CDU	Grüne/BFB	FDP	AfW	Sonstige	Summe
männlich	8	6	6	3	3	3	1	30
weiblich	2	2	1	1	-	-	-	6
Summe	10	8	7	4	3	3	1	36

GPS-gestützt Wandern im Barnim

Der Landkreis Barnim wird Modellregion für diese Anwendung in Deutschland sein. In Zusammenarbeit mit dem Berliner IT-Dienstleister EsPresto AG und dem IS.RADWEG. wird die bisherige Forschung auf diesem Gebiet nun in professionelle touristische Form ge-

bracht und in der Schorfheide nutzbar gemacht.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der WITO GmbH unter Telefon 03334 59233 oder mit einer Mail an wito@barnim.de.

UWE HEINRICH, Wito

SPD-Unterbezirksparteitag Barnim: Sozialticket in Brandenburg

Zepernick (bbp). Mit einem Antrag zur »Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« wandte sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) im SPD-Unterbezirk Barnim an den Unterbezirksparteitag, der am 29. Mai in Zepernick tagte. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Fraktion der SPD im Brandenburgischen Landtag wird aufgefordert, die notwendigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, um in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg für sozialschwache Bürgerinnen und Bürger ein Sozialticket zeitnah anbieten zu können.

Begründung: Mit dem Sozialticket sollen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger (ALG-Empfänger, Beschäftigte im Niedriglohnsektor) die Vorzüge des Öffentlichen Personennahverkehrs vergünstigt nutzen können. Ihnen soll damit die Möglichkeit eingeräumt werden, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben uneingeschränkt teilzunehmen.

In jedes Fettnäpfchen

Ein laufendes Strafverfahren reicht dem suspendierten Stadtoberhaupt offensichtlich nicht aus. Wenn man den in der Presse veröffentlichten polizeilichen Darstellungen Glauben schenken darf, hat er nun auch noch ein Strafverfahren wegen diverser Delikte, die er in Gutsherrenart begangen haben soll, auf sich gezogen. Langsam geht die Vorbildfunktion des Stadtoberhauptes verloren.

Selbst wenn die Einlassung von Herrn Schulz stimmt und er zu Hause noch ein Bier getrunken haben will, bevor die Polizei auf sein Grundstück kam, dürfte die Alkoholfahrt, wenn auch mit geringerer Promillezahl, begangen worden sein.



Die streikenden Schüler der Einsteinschule brachten es schon vor dem erneuten Harikiri eines Eberswalder Bürgermeisters auf den Punkt.

Die Stadtverordneten, die bislang noch zu dem Bürgermeister gehalten haben und der Einleitung eines Bürgerentscheides zu dessen Abwahl entgegenstehen, sollten nunmehr überlegen, ob sie der Stadt Eberswalde die Belastungen durch Reinhard Schulz weiter tatenlos hinnehmen wollen.

Der Ruf der Stadt würde dadurch jedenfalls erheblich beschädigt.

Streik nicht rechtswidrig

»Der Streik ist rechtswidrig und ist unverzüglich zu beenden« diktierte Schulrätin Brigitte Reuscher dem Schulleiter der Einsteinschule. Als Grundlage übergab sie ein vom MBS-Mitarbeiter Michael Skolik erarbeitetes Papier. Darin heißt es unter Berufung auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes von 1984 u.a.:

Ein Recht zum Streik ergibt sich nur aus Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes (2). Dessen Voraussetzungen (des Art. 9 GG) liegen bei der »Bestreikung« einer Schule durch Schüler und/oder Lehrer jedoch nicht vor...

Diese Aussagen sind schlichtweg falsch. Im Art. 9 GG wird das Wort »Streik« nicht erwähnt. Insofern kann sich daraus auch kein »Recht zum Streik« ergeben. Art. 9 GG Absatz 3 gewährleistet das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigung. Es werden »Maßnahmen gegen Arbeitskämpfe« verboten. Aber Streiks sind als politisches Kampfmittel auch außerhalb von Arbeitskämpfen denkbar, bspw. als politische Streiks oder eben Schülerstreiks. Eine gesetzliche Regelung dazu gibt es nicht, was entsprechend der geltenden Rechtsgrundsätze bedeutet, Streiks sind nicht verboten. Es gibt keine Verbote von Protestaktionen, die in der Form eines Schülerstreiks unternommen werden, schon gar nicht im Art. 9 GG. Protestformen, wie der in der Einstein-Schule praktizierte Schülerstreik, werden zumindest durch den Art. 8 GG (Versammlungsfreiheit) gedeckt. Aber durchaus auch durch Art. 20 GG (Widerstandsrecht). Herr Skolik schreibt weiter:

Vielmehr hat das Gericht festgestellt, daß es sich um den bloßen Fall eines »kollektiven Verstoßes gegen die Schulpflicht bzw. die Pflicht zur Teilnahme am Unterricht« handelt.

Bei Schülerstreiks, wie in der Einstein-Schule praktiziert, handelt es sich nicht um Verstöße gegen die Schulpflicht. Im Gegenteil, die Schüler waren nicht nur während der Schulzeit, sondern den ganzen Tag und auch die Nacht in der Schule präsent. Der Pflicht zur Teilnahme am Unterricht sind die Schüler nachgekommen, indem sie einen Alternativunterricht organisierten. Rechtswidrig war, daß den Lehrern die Unterstützung des Alternativunterrichtes ausdrücklich verboten wurde.

Für eine Befreiung vom Unterricht für die Teilnahme an einem »Schülerstreik« existiert keine Rechtsgrundlage... Fehlt aber eine Rechtsgrundlage für den »Schülerstreik«, so ist dieser rechtswidrig.

Wenn es keine Rechtsgrundlage für Schülerstreiks gibt, kann durch Schülerstreiks auch nicht gegen eine solche Rechtsgrundlage verstoßen werden. Dieser simple Rechtsgrundsatz – in Art. 20 GG formuliert – scheint den Beamten im MBS unbekannt zu sein. Allerdings kann der Schülerstreik durchaus als Teil eines vielfältigen Schullebens gemäß § 7 Absatz 7 BbgSchulG angesehen werden.

GERD MARKMANN

Schüler setzten ein Zeichen

Wir, die Schüler der Albert Einstein Oberschule in Eberswalde, haben am Montag, den 8. Mai 2006, unsere Schule in Form des demokratischen Mittels Streik übernommen.« Der Unterricht werde von Alternativlehrkräften durchgeführt. Mit dieser Botschaft wandten sich die Streikenden am 2. Streiktag an den Brandenburgischen Bildungsminister. Ihre Forderungen an den Minister lauteten:

1. Es ist für die Eröffnung der 7. Klassen nicht entscheidend ob 40 oder 33 Schüler eine Anmeldung vorlegen, denn auch bei 33 Schülern ist es notwendig, die Klassenstufe zu eröffnen.
2. In der Diskussion bezüglich dieser Hauptforderung werden Sie, genauso wie wir, nicht mit unfairen Mitteln, sondern als gleichberechtigte Verhandlungspartner auftreten.
3. Es werden keine negativen Folgen für die teilnehmenden Schüler entstehen, denn sie üben hiermit Ihre Grundrechte aus...
4. Lehrer und Schulleitung sind in den Streik nicht eingebunden und dürfen somit auch nicht haftbar gemacht werden.
5. Die Verhandlungen werden nur mit den Entscheidungsberechtigten geführt, wobei ... die Vorgespräche auch mit Mitarbeitern des Ministeriums geführt werden können.

Die Schüler erklärten, »wir sind zu Gesprächen bereit«. Das Bildungsministerium indes zeigte sich zunächst hartleibig. »Wir werden mit den Schülern nicht verhandeln«, ließ Pressesprecher Thomas Hainz über die Presse verlauten. Er verwies auf das örtliche Schulam, wohlwissend, daß dort nur die Anweisungen des Ministeriums ausgeführt werden. Am Abend des 4. Streiktages (11. Mai) stellte sich Schulrätin Brigitte Reuscher zur Schulkonferenz auf dem Hof der Albert-Einstein-Schule der Diskussion. Die Streikenden begrüßten sie höflich mit Beifall. Wie erwartet, verwies sie lediglich auf die bekannten Ministervorschriften, an die sie sich bei ihren Entscheidungen zu halten hat. Am Ende übergab sie dem Schulleiter ein Schreiben aus dem Ministerium, in dem der Schülerstreik als rechtswidrig bezeichnet wurde. Offenbar übte sie auch anderweitig Druck auf den Schulleiter aus, denn anders kann das von diesem gegen den eigenen Kooperationspartner Hartwin Schulz vom Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel erlassenen Hausverbot kaum erklärt werden. Klar ist, daß die Schulrätin damit ihre Befugnis weit überschritten hat. Denn laut Schulgesetz steht das Hausrecht einzig dem Schulleiter zu.

Über außerschulische Nutzungen entscheidet der Schulträger im Benehmen mit der Schulleitung. Dementsprechend hob der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann das ausgesprochene Hausverbot bei der erstbesten Gelegenheit wieder auf. Die Stadt bekenne sich klar zum Brandenburgischen Viertel und für den Erhalt der Einsteinschule. Allerdings machte Landmann auch seine Hilflosigkeit ge-

genüber der starren Haltung des MBS deutlich. »Zu glauben, daß sich das Ministerium nur einen Millimeter bewegt«, äußerte er gegenüber der lokalen Tageszeitung, »ist absolute Illusion.«

In der Presse überwogen dementsprechend ab dem 6. Streiktag Artikel, die vermittels eines Gemischs aus Drohung und Abwiegung auf die Beendigung des Streiks zielten. Entscheidend dürfte letztlich gewesen sein, daß den Schülerstreikenden am 10. Streiktag doch noch ein Gespräch mit Bildungsminister Holger Rupprecht gelang. Zu diesem Zweck hatten die Schülerinnen und Schüler extra eine Abordnung nach Potsdam geschickt, wo sie vor dem Landtag gemeinsam mit Schülern und Eltern aus Caputh gegen die Schulschließungspolitik des Landes protestierten. Minister Rupprecht, ließ seinen Chauffeur anhalten, stieg aus und wechselte einige Worte mit den Schülern und Eltern. Der Minister ließ allerdings durchblicken, daß seine Behörde halsstarrig bleiben werde.

Die Streikleitung beriet hierauf das weitere Vorgehen und kam zu dem Schluß, nunmehr andere Kampfformen zu nutzen. Der 11. Streiktag (18. Mai) wurde genutzt, um mit Stadtverwaltung und Staatlichem Schulam die Bedingungen zur Beendigung des Streiks auszuhandeln. Auf der Kundgebung am Abend verkündeten Schulsprecher Alexander Köppen, Schulleiter Günter Schumacher und Hartwin Schulz das Ergebnis. Das Staatliche Schulam verzichtete auf Strafmaßnahmen gegen die Schülerstreikenden und die Lehrerschaft. Im Gegenzug wurde am 19. Mai der reguläre Schulbetrieb, u.a. mit den schriftlichen Prüfungen der 10. Klassen, wieder aufgenommen. Eine Zusage zur Errichtung von sieben Klassen im nächsten Schuljahr gab es nicht.

Hartwin Schulz informierte jedoch darüber, daß mehrere Eltern nunmehr den Klageweg beschreiten werden. Wie vom beauftragten Rechtsanwalt zu erfahren war, bestehen gute Erfolgsaussichten. Mittlerweile stellte sich heraus, daß die Albert-Einstein-Schule selbst bei nur 33 Anmeldungen auf die Zahl von mindestens 40 Siebtklässlern im nächsten Schuljahr kommt, da voraussichtlich sieben Schüler die siebente Klassen wiederholen. Daß diese Schüler bei der Berechnung der künftigen Klassenstärken ignoriert werden, beruht lediglich auf einer internen Dienstanweisung. Hinzu kommen zwei bis drei Plätze, die für Migranten reserviert sind.

Zum würdigen Abschluß des Schülerstreiks lud Hartwin Schulz für den nächsten Tag zur »Siegsparty« ins Gemeindezentrum. Die Schülerinnen und Schüler der Albert-Einstein-Schule und deren Eltern haben ein Zeichen gesetzt. Jetzt müssen die politisch Verantwortlichen zeigen, ob sie dieses Zeichen verstanden haben oder neue Proteste provozieren.

G.M.

Klassenstärke ist das Zentralproblem Elf Tage im Mai

In Fragen Bildungspolitik sollte es eigentlich gebildet zugehen. Es scheint aber, daß den politisch Verantwortlichen selbst der gesunde Menschenverstand fehlt. Unbestrittener Fakt ist, daß die Zahl der Kinder stark zurückgegangen ist. Das ist schlimm für die Gesellschaft. Aber die Schulen, die Lehrer und die Lehrmittel sind da. Der gesunde Menschenverstand sagt: wenn weniger Kinder da sind, dann müssen nicht 25 Schüler in einer Klassen sitzen. Der Bildungserfolg wird wachsen, wenn die Klasse nur 15 Schüler hat. Damit würde auch der Bildungsauftrag des Schulgesetzes optimal erfüllt werden.

Was aber machen Politiker zum Maßstab ihrer Entscheidung? Das angeblich fehlende Geld, das nur deshalb fehlt, weil anderen Zwecken der Vorrang vor den Kindern gegeben wird. Zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Bildungsfrage sehen sich Abgeordnete der verschiedenen politischen Ebenen angesichts der kleinstaatlichen Organisation des Bildungssystems nicht in der Lage. Als Folge wurden und werden notwendige Entscheidungen zur Schulentwicklung nicht getroffen.



Da kommt jetzt der Landrat daher und veranstaltet einen Bildungsgipfel. Und das ist nun tatsächlich der Gipfel. Der Landrat nimmt sich das Recht, mit »Personen« eigener Auswahl und ohne ein entsprechendes Mandat ein »Positionspapier« auszuarbeiten, das dann im Herbst Diskussionsgrundlage für den Kreistag sein soll. Bis dahin gilt das Papier als Weisheit letzter Schluß in Sachen Schulpolitik. Das muß den Letzten auf die Barrikaden treiben.

Die Schülerdemo und der Schülerstreik gegen die drohende Schließung der Albert-Einstein-Schule haben den dringenden Bedarf einer Diskussion der Schul- und Bildungspolitik deutlich gemacht. Dazu besteht aber seitens der politisch Verantwortlichen keine Bereitschaft. Zum zentralen Problem, nämlich der Klassenstärke, will der Bildungsminister nicht verhandeln – mit streikenden Schülern schon gar nicht. Statt mit den Schülern zu sprechen, wurde Druck ausgeübt. Da hieß es, die Schüler hätten kein Streikrecht und der Streik sei zu beenden. »Fremde« sollten vom Schulgelände verbannt werden. Ein erstes Hausverbot wurde ausgesprochen, ausgerechnet gegen den Sozial-



diakon des Brandenburgischen Viertels der evangelischen Kirche, die einen Kooperationsvertrag mit der Schule hat. Weil er einen Gottesdienst vor der Schule zur Unterstützung des Schülerstreiks durchführte? Selbst an den Ortsbürgermeister von Finow (zum Einzugsbereich der Schule gehörig) wird die Frage gestellt, ob er das Schulgelände betreten dürfe. Ein sehr zweifelhaftes Demokratieverständnis, wenn Diskussion durch Druck ersetzt wird. Die ganz harte Linie wollte der amtierende Bürgermeister Landmann dann wohl doch nicht fahren. Er erklärte, daß er vom Hausrecht der Stadt für die Schulen keinen Gebrauch machen wolle.

Der Streik wurde inzwischen beendet. Es gibt keine negativen Konsequenzen für die Beteiligten wegen der behaupteten Rechtswidrigkeit des Streikes. Aber es gibt auch noch keine Entscheidung zur Bildung siebenter Klassen an der Einstein-Schule. Die Schüler, Eltern und sonstigen Mitwirkenden am Schülerstreik haben nicht nur Mut bewiesen. Sie haben vor allem ihre eigene Angelegenheit in die eigenen Hände genommen und der Politik ihre Grenzen gezeigt. Dafür hatten sie die breite Sympathie und Unterstützung in der Bevölkerung haben, denn sie haben die besseren Argumente.

Aber das Problem ist kein lokales und der Widerstand der verschiedenen von Schließung bedrohten Schulen des Landes mündete nicht in gemeinsame Aktivitäten. Da war und ist auch keine parlamentarische Kraft, die gezielt die außerparlamentarischen Kräfte bündelt und, auf diese gestützt, überholte Gesetze kippen kann. Die vom Bildungsminister (nicht vom Gesetz!) vorgegebene Mindeststärke der Klassen von 20 Schülern ist jedenfalls nicht mehr zeitgemäß und muß fallen.

ALBRECHT TRILLER



Eberswalde (bbp). Es war ein Buch, das die Schüler auf die Idee brachte, wußte die Tageszeitung »Junge Welt« zu vermelden. Der Philosoph Rainer Thiel hatte es über den erfolgreichen Schülerstreik in Storkow im Jahr 2000 geschrieben und war am 25. April, dem Tag der Schülerdemo, zur Lesung nach Eberswalde gereist (vgl. BBP 5/2006). Groß war die Unterstützung der Bevölkerung und Unternehmen insbesondere der Stadtteile Brandenburgisches Viertel und in Finow für die Schülerstreikenden.

Daß sie auf die Erfahrungen der Storkower aufbauen konnten, erwies sich als großer Vorteil für die Streikenden in Eberswalde. Besonderer Dank der Schüler gilt Stefan Cygon, der schon den Schülerstreik in Storkow technisch und organisatorisch unterstützte und nun in Eberswalde mit seinen Erfahrungen nicht geizte. Auch Rainer Thiel reiste nach Eberswalde, um seine Unterstützung anzubieten.

Als lokaler Unterstützer spielte Hartwin Schulz, mit seinem Gemeindezentrum Kooperationspartner der Einsteinsschule, eine herausragende Rolle. Ebenso Tobias Emmerich, der für technisch-organisatorische Unterstützung sorgte und nicht zuletzt den Streikenden mit seinen Liedern Kraft und Mut spendete. Viele andere wären zu nennen. Besonders die Versorgung der Streikenden erforderte umfangreiche Hilfe. Ein Getränkeshändler spendete Mineralwasser, ein Bäcker Brot und Brötchen, eine Gaststätte Nudeln. Am Streikwochenende kam ein Imbissbändler mit seiner Gulaschkanone voller Erbsensuppe, ein anderer Unternehmer sponserte achtzig Pizzas. Für den Kuchenbasar am 14. Mai stellten sich zahlreiche Einwohner des Viertels an den Backofen.

Darüber hinaus stellten zahlreiche Geldspenden die Versorgung auf ein sicheres Fundament. Die aktive Anteilnahme der Bevölkerung zeigte sich in schöner Weise am Streikwochenende, als Materialien für neue Plakataktionen benötigt wurden. Der Ruf danach ging durch Mikrofon und keine zehn Minuten später standen mehrere Anwohner mit den erbetenen Sachen auf dem Schulhof.

Die Hauptlast des Streiks trugen natürlich die Schülerinnen und Schüler. Die Mitglieder des Streikkomitees um Schulsprecher Alexander Köppen kamen kaum zum Schlafen, um Aktionen und den alternativen Unterricht vorzubereiten und nicht zuletzt um auf Ordnung und Disziplin in der Schule zu achten.

Die 150 Schülerinnen und Schüler, die sich am Schülerstreik beteiligten, haben in diesen elf Tagen viel gelernt. Über die Politik in diesem Land, über die »Nichtzuständigkeiten« der politisch Verantwortlichen, die Arroganz der Ministerialbürokratie und die Demokratieverbote für ihre Lehrer, die doch eigentlich Vorbild sein sollen. Gelernt haben sie vor allem, die gesellschaftliche Verantwortung selbstbewußt in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Einwohnerversammlung in Finow

Bürgermeister Landmann: »Wir üben noch«

Finow (bbp). Es überraschte, als plötzlich für den 23. Mai eine Einwohnerversammlung in Finow angekündigt wurde. Vor drei Jahren war die letzte, einberufen vom damaligen Ortsbürgermeister Gruzialewski – wohl als Teil seines Kommunalwahlkampfes. Der jetzige Ortsbürgermeister Albrecht Triller hatte die satzungsgemäß mindestens einmal jährlich durchzuführenden Einwohnerversammlungen mehrfach angemahnt. Laut städtischer Hauptsatzung lädt der Eberswalder Bürgermeister dazu ein. Bürgerversammlungen hatte der Ortsbürgermeister seit 2003 mehrfach durchgeführt. Allerdings mißfielen der Stadtverwaltung diese Versammlungen. Zuletzt wollte man nichtmal mehr so ohne weiteres städtische Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Nun also entschloß sich der amtierende Bürgermeister, zu einer Einwohnerversammlung in Finow einzuladen. Allerdings fehlte eine Aussage, welche Themen denn eigentlich behandelt werden sollten. Nach der Gemeindeordnung sind die Einwohner bei wichtigen Planungen und Vorhaben »möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen« zu unterrichten. Den »Einwohnern soll Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden«. Diese Aufgaben kann eine Einwohnerversammlung aber nur erfüllen, wenn über die Beratungsgegenstände informiert wird.

Der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann hatte eine Information. Mit PC und Beamer stellte der Baudezernent Dr. Prüger nach kurzer Eröffnung durch Landmann (in der er sich für die lange Zeit seit der letzten Einwohnerversammlung entschuldigte) die »Integrierte Ortsteilentwicklung Finow-Messingwerksiedlung« vor. Hierbei spiele die WHG eine besondere

Rolle. Mit der Maßnahme soll die Attraktivität des Ortsteils Finow gesteigert werden. Er vergaß nicht hinzuzufügen, daß das Projekt der Stadt viel Geld koste. Trotz der Beifallsrufe des Wasserturmvereinsvorsitzenden Arnold Kuchenbecker fragte sich nicht nur Ortsbürgermeister Triller, warum nun allein und gerade dieses Thema Anlaß einer Einwohnerversammlung wurde. Das Projekt hat längst alle Vorbereitungs- und Entscheidungsphasen durchlaufen und wird bereits realisiert. Da wäre es wohl besser gewesen, das Thema Ausbau des Flugplatzes Finow auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu sei jüngst das Raumordnungsverfahren eröffnet worden. Die Finower Bürger sollten frühzeitig gehört werden, noch ehe die StVV über die Stellungnahme der Stadt als öffentlicher Bedarfsträger entscheidet. Auf keinen Fall dürfe diese Stellungnahme als Geschäft der laufenden Verwaltung betrachtet werden, machte Triller deutlich, der auch darauf hinwies, daß bei einer Tonnageerhöhung laut einem früheren Stadtverordnetenbeschuß auf eine Nachtfluggenehmigung verzichtet werden soll. Von daher dürfe der Bürgermeister zur Zeit auch keine uneingeschränkte Unterstützung für die Entwicklung eines Regionalflughafens erklären.

Die Anwesenheit von einem Dutzend Eltern und Schülern der Albert-Einstein-Oberschule machte deutlich, welche Probleme die Bürger aktuell unter den Nägeln brennen. Diese meldeten sich in der anschließenden Diskussion auch zu Wort. Selbst wenn nur zwei Oberschulen in der Stadt verbleiben, so müsse wenigstens eine in den Stadtteilen Finow und Brandenburgisches Viertel bleiben, forderten sie. Landmann bekannte sich zum Prinzip – kleine

Füße – kurze Wege. Das könne aber nur für die Grundschulen gelten. Der Schulweg der großen Kinder mit dem Bus nach Eberswalde sei zumutbar. Ihm wurde entgegengehalten, die Stadt müsse sich gegenüber dem Landkreis und dem Land stark machen und die Einrichtung siebenter Klassen auch bei weniger als 40 Schülern je Klassenstufe fordern. Der Beschluß zur Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis wäre ein Fehler und sollte zurückgenommen werden.

Bei aller Anerkennung der Entwicklung der Messingwerksiedlung sollte auch im Finower Zentrum etwas passieren, war die Meinung einer Einwohnerin. Sie nannte Flächen wie die gegenüber Kaufland am Kleinen Stern, den Park an der Grundschule und die ehemalige Tankstelle in der Marktstraße. Der Park an der Schule sollte der Schule übergeben werden, meinte ein anderer Einwohner. »Damit tun wir etwas für unsere Kinder.« Dr. Prüger versprach, ein gemeinsames Gespräch mit dem Schuldirektor und dem Ortsbürgermeister zu führen. Weitere Fragen gab es zur Wasserführung im Freigraben, der Einzäunung im Uferbereich des Mäckersees, einer Einkaufsmöglichkeit in der Messingwerksiedlung u.a.

Ein Finower wunderte sich, daß der Ortsbürgermeister im Publikum saß. Dies sah er als Mißachtung der Finower und des von ihnen gewählten Ortsbürgermeisters an. In Einwohnerversammlungen gehöre der Ortsbürgermeister ins Präsidium. Außerdem sei er in die Vorbereitung und Durchführung einzubeziehen.

Lutz Landmann, der bereits an mehreren Stellen mit selbstkritischen Anmerkungen reagiert hatte, wertete die Einwohnerversammlung als Anfang. »Wir üben noch«.

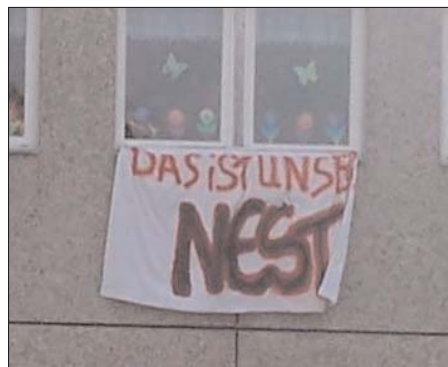
Die Kita, die Schule, unser Viertel muß leben!

Elterninitiative Kita »SPATZENNEST« an die streikenden Schüler der Albert-Einstein-Oberschule

Wir als Eltern der vom Schließungsbeschluß betroffenen Kita »SPATZENNEST« wissen, wie Ihr Euch fühlt. Und wir wissen, worum es geht: Um unsere Zukunft, um die Zukunft unseres Wohnviertels, um die Zukunft unserer Kinder!

Es ist eine Lüge, daß für Kitas und Schulen, also für die Kinder, zu wenig Geld da ist. Die BRD ist ein reiches Land, eines der reichsten in der Welt. Und selbst wenn dem nicht so wäre, sollte doch an den Kindern zuallererst gespart werden!

Wir fordern wohnortnahe Kitas und Schulen. Nicht nur, weil kurze Wege für unsere Kinder das Beste sind. Schulen und Kitas sind auch kulturelle und gesellschaftliche Zentren in den Wohngebieten. Zentren, die außerordentlich wichtig sind. Gerade auch für »schrumpfende« Städte und Stadtteile.



Warum werden die niedrigeren Kinderzahlen nicht als Chance genutzt, ohne zusätzliche Kosten die Betreuungs- und Bildungsqualität für jedes einzelne Kind zu verbessern?

Statt stupider Rotstift-Ideologie ist hier kreatives Denken gefragt.

Ihr, liebe Schülerinnen und Schüler, habt mit Eurer Aktion gezeigt, wie das funktioniert mit dem kreativen Denken. Eure Aktion ist gelebte Demokratie. Die politisch Verantwortlichen können von Euch lernen. Und es gibt erste Anzeichen, daß sie es tatsächlich tun wollen.

Sie brauchen Eure Hilfe. Macht also weiter!

Wir haben am 5. Mai an die Eberswalder Stadtverordneten appelliert: »Wenn die Kita stirbt, stirbt die Schule. Wenn die Schule stirbt, stirbt das Viertel!«

Die Elterninitiative Kita »SPATZENNEST« fordert: Die Kita »SPATZENNEST« muß leben, die Albert-Einstein-Schule muß leben, unser Viertel muß leben!

Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen.

KERSTIN SPENGLER (Sprecherin der Elterninitiative Kita »SPATZENNEST«)

Die vorerst letzte Montagsdemo

Über wenig Erfreuliches spricht man nicht so gern. Die Rede ist von den Montagsdemonstrationen, die wir nun nicht mehr turnusmäßig durchführen wollen. Zwar wären Montagsdemos weiter und stärker notwendig, aber mit 20 Menschen bei mehr als 5000 Arbeitslosen in der Stadt Eberswalde kann man nicht demonstrieren. 20 Menschen können nicht deutlich machen, daß die Lebensverhältnisse für 5000 nicht mehr tragbar sind.

Wir haben 81mal zu den Demos aufgerufen. Die Betroffenen hatten 81mal Gelegenheit, zu den Montagsdemos zu kommen. Die große Mehrheit hat 81mal darauf verzichtet, am Kampf gegen Hartz IV und für soziale Gerechtigkeit teilzunehmen. Natürlich fragen wir uns, woran es wohl liegen mag. Liegt es möglicherweise sogar an uns, daß so wenige unserem Aufruf folgen? Sicher ist ein ganzer Komplex von Ursachen für die geringe Teilnahme verantwortlich. Die entscheidende Ursache dürfte sein, daß die Menschen den Glauben verloren haben, daß man politische Entscheidungen beeinflussen kann. »Die Politiker machen sowieso, was sie wollen«, ist das häufigste Argument. Die im Juli/August 2004 beginnenden Montagsdemos waren ein Hoffnungsschimmer für viele vom Sozialabbau Betroffene. Zig-Tausende gingen auf die Straße (am ersten Tag in Eberswalde 1200) und erwarteten einen schnellen Erfolg der Proteste. Weil der nicht kam, gingen die Teilnehmerzahlen schnell zurück. Zwar wurde durch die Montagsdemos ein großer Diskussionsprozeß eingeleitet, der wesentlich zur Abwahl der SPD-Regierung beitrug. Jetzt haben wir zwar eine neue Regierung, aber noch lange keine neue Politik.

Da fragen sich die Menschen, was bringt's, wenn wir auf die Straße gehen? Sie müßten aber erkennen, daß sich nur etwas ändert, wenn noch viel mehr Menschen auf die Straße gehen. Aber das erkennen sie nicht. Dieser Erkenntnisprozeß braucht noch viel Zeit und wird noch sehr schmerzhaft sein. Daß die Gegenwehr gegen den Sozialabbau noch so schwach ausgeprägt ist, gibt den Regierenden weiterhin die Möglichkeit, den sozial Schwachen noch größere Belastungen aufzubürden. Das »Optimierungsgesetz« zu Hartz IV und die eben beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 % sind aktuelle Beweise dafür. Trotzdem können wir nicht damit rechnen, daß in naher Zeit die Betroffenen in Scharen zu uns strömen. Dieser Tatsache sehen wir ins Auge und beenden deshalb vorerst die turnusmäßigen Montagsdemos in Eberswalde.

Ja, wir sind enttäuscht, daß es uns nicht gelungen ist, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften Hartz IV und Agenda 2010 zu stoppen. Wo sind die anderen gesellschaftlichen Kräfte in Eberswalde, die unseren Kampf unterstützen? Man hat uns allein gelassen. Die Unterstützung ist über etwas techni-

sche Hilfe und manchmal einen Diskussionsbeitrag nicht hinausgegangen. Wo wir potentielle Bündnispartner vermutet hatten, fanden wir oft nur Nutznießer, die von der Arbeitslosigkeit und der Not der Menschen leben, statt für deren Überwindung zu wirken. Als Beispiel nenne ich hierfür den Arbeitslosenverband, den wir hier zwei Jahre nicht gesehen haben. Vor den Bundestagswahlen sah man manchmal auch Parteienvertreter auf unseren Demos, danach kaum noch.

Aber unser Kampf war und ist nicht sinnlos und er ist auch nicht zu Ende. Zu Ende gehen zunächst nur die turnusmäßigen Demos. Wir werden den Kampf um soziale Gerechtigkeit in anderer Form fortsetzen.

Was die Eberswalder Montagsdemo geleistet hat, muß sich nicht verstecken. 81 Montagsdemos in 22 Monaten sind in Eberswalde nicht unbemerkt geblieben. Wir waren und sind so etwas wie das soziale Gewissen in Eberswalde. Das haben Tausende Menschen zur Kenntnis genommen. Wir waren nicht nur auf der Straße zu finden, sondern auch in der StVV und im Kreistag. Unsere Vertreter haben an einer Reihe von Fernsehsendungen mitgewirkt. Wir haben uns in den Wahlkampf eingemischt. Auch bei diversen überregionalen Aktionen waren die Eberswalder Montagsdemonstranten zu finden. Kritisch hinterfragen müssen wir, ob wir den Kampf für soziale Gerechtigkeit immer mit der notwendigen Schärfe geführt haben. Professor Grottian hatte beim einjährigen Jubiläum der Montagsdemo klargestellt: »Wir sind zu brav«. Aus Sorge, daß bei »schärferen Aktionen« nicht alle mitmachen würden, haben wir nur brave Sachen gemacht.

Durch Eberswalder Montagsdemo haben nicht wenige zu politischer Aktivität gefunden. Die Montagsdemos waren immer das Ergebnis kollektiver Überlegungen und Bemühungen. Aus zuhörenden Demonstranten wurden im Laufe der Zeit beherzte Redner. Bei den Montagsdemos und in der Vorbereitungsgruppe fanden sich Menschen zusammen, die sich auch über die Montagsdemos hinaus zusammengehörig fühlen und gemeinsam handeln. Solidarität mit anderen Bewegungen ist für Eberswalder Montagsdemo keine leere Phrase. Die Unterstützung des Schülerstreiks der Albert-Einstein-Oberschule durch Montagsdemonstranten hat das zuletzt gezeigt.

Auch wenn wir jetzt nicht mehr regelmäßig an einem bestimmten Montag auf die Straße gehen – die Eberswalder Montagsdemo wird bleiben. Bleiben werden vor allem die Menschen, die fast zwei Jahre lang Schulter an Schulter, bei Wind und Wetter miteinander gekämpft haben. Auch wenn die Kräfte evtl. neu aufgestellt werden, die Kämpfer der Eberswalder Montagsdemo werden dabei sein. Allen, die bisher dabei waren, gilt unser Dank.

Eberswalder Montagsdemo, 22.5.2006

Demo-Berichte:

78. Montagsdemo am 24.4.

Noch einmal beschäftigte das Thema Sozialticket die Eberswalder Montagsdemo. »Kreistag – wir kommen« war das Motto. Die Demonstranten stimmten sich auf die Kreistagsitzung am 26. April ein, wo der PDS-Antrag zur »Wiedereinführung des Sozialtickets« auf der Tagesordnung stand.

Die Eberswalder Montagsdemo hatte sich bei der PDS-Kreistagsfraktion angemeldet, um dort über das Thema Sozialticket zu beraten. Insbesondere sollte über die eingereichte Vorlage der PDS gesprochen werden. Allerdings waren die Demonstranten schriftlich eingeladen. Eberswalder Montagsdemo hatte geantwortet, daß die Fraktion trotzdem mit dem »Besuch« rechnen müsse, der nach dem ersten Teil der Demo auch erfolgte.

Doch die PDS-Geschäftsstelle geschlossen und niemand anwesend, so daß kein Gespräch möglich war. Albrecht Triller erläuterte vor der Geschäftsstelle den Demonstranten die PDS-Vorlage und zeigte die Probleme auf, die in der Kreistagsdebatte zu erwarten seien. Er nannte Erwartungen an die PDS-Fraktion, wie diese weiter mit der Vorlage umgehen sollte. Die Ausführungen fanden die Zustimmung der Demonstranten.



Vor verschlossener Tür. Die Kreistagsfraktion der PDS hatte die Montagsdemo eingeladen.

Einen Moment schien es, als könne es doch noch zum Gespräch kommen, als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende vorfuhr. Doch dauerte es geraume Zeit, ehe er dem Auto entstieg. Mußte er erst telefonieren, wie denn das sein könne, daß Demonstranten vor der Tür stehen? Wortlos drängte er sich durch die vor der Tür Stehenden. Schließlich erklärte er unwirsch, überhaupt keine Zeit zu haben. Er müsse gleich wieder weg und im übrigen wäre die Eberswalder Montagsdemo ja eingeladen worden. Fassungslos registrierten die Demonstranten den Auftritt des Kreistagsabgeordneten und sie verstanden, daß auch die PDS außerparlamentarischen Druck braucht.

Die Eberswalder Montagsdemo war jedoch vorbereitet. Die vorgetragene und von den Demonstranten bestätigte Stellungnahme zur Vorlage und Vorgehensweise der PDS Fraktion landete im Briefkasten der Kreistagsfraktion. Zumindest für die PDS war es gut, daß nur 20 Demonstranten den Eklat erlebten.

79. Montagsdemo am 1. Mai

Da der erste Mai in diesem Jahr auf einen Montag fiel, sollte an diesem Tag auch eine Montagsdemonstration stattfinden. Klar, daß die Eberswalder Montagsdemo, dem Aufruf der Gewerkschaften folgend, diesen Tag als gemeinsamen Maifeiertag beging. Unter den ca. 135 Teilnehmern des Demonstrationzugs bzw. an der Maikundgebung waren über 30 regelmäßige Teilnehmer der Montagsdemos in Eberswalde.



Den Demonstrationzug vom Gewerkschaftshaus zum Kirchplatz (weil der Marktplatz wegen Bauarbeiten gesperrt ist) führten Gewerkschaftsvertreter mit dem Transparent »Deine Würde ist unser Maß« an. Gleich dahinter folgten die Mitstreiter der Eberswalder Montagsdemo. »Arbeitszeit verkürzen und umverteilen« war ihre Forderung, die im Aufruf des DGB leider fehlte. Weitere Montagsdemonstranten präsentierten die lokale Forderung nach Erhaltung des Sozialtickets für den ÖPNV mit dem Transparent: »Freiheit braucht Mobilität – Sozialticket muß bleiben«. Die Eberswalder Montagsdemo bleibt bei dieser Forderung, obwohl der Kreistag am 26. April die Vorlage zur Wiedereinführung des Sozialtickets zurückgewiesen hatte.

Andreas Meier, Vorsitzenden der Gewerkschaft B.A.U. und Mitglied des Regionsvorstandes, hielt die traditionelle Mairede. Er ging dabei in vieler Hinsicht über die Standpunkte der DGB-Führung hinaus. Wie im Vorjahr konnte die Eberswalder Montagsdemo ebenfalls einen Redner stellen. Ute Frey übernahm diesen Part und erhielt viel Zustimmung von den Anwesenden. Sie setzte sich mit dem Thema »Deine Würde ist unser Maß« auseinander. »Meine persönliche Würde, die Würde der Montagsdemonstranten und Würde von Millionen Betroffenen ist vor allem durch die Arbeitslosigkeit verletzt«, sagte sie. Auch das ALG II sei entwürdigend und mit den »Schnüfflern« der ARGE werde Würde zum Hohn. »Wo bleiben die Gewerkschaften mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit? Das ist doch der Hauptweg, wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen – der Hauptweg zu mehr Würde«, rief Ute Frey. Der erste Mai müsse wieder mehr vom Feiertag zum Kampftag werden.

Die Eberswalder Montagsdemo war auf dem Kundgebungsplatz auch mit einem Infor-

Koordinierungskreis der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB)

Der Protest geht weiter!

Storkow (sbh). Am 20./21. Mai trafen sich, diesesmal in Storkow, bereits zum 6. mal die Brandenburger Protestinitiativen gegen Sozialabbau und Organisatoren der Montagsdemos. Es wurde über die unsoziale Politik in Deutschland lebhaft diskutiert, mit dem Ergebnis: »Gegenwehr ist verstärkt nötig!«

Weitere »Nachbesserungen« bei Hartz IV, Billiglöhne, Rentensenkungen, Umstrukturierungen im Gesundheitssystem zulasten der Patienten und nicht zuletzt die geplante Mehrwertsteuererhöhung bringen das Faß zum überlaufen. Es wurde über weitere gemeinsame Aktionen beraten. Im Mittelpunkt stand hierbei die

Teilnahme an der bundesweiten Demo »Schluß mit den Reformen gegen uns!« am 3. Juni in Berlin. Dort werden wir Brandenburger uns unter dem Motto »Dieses Land braucht Widerstand!« als gemeinsamer Brandenburger Block beteiligen. Bereits dort, und in Zukunft werden wir unter dem Namen »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB) gemeinsam agieren.

Weitere Informationen (Koordinierungskreis): Birgit Kühr (Angermünde) 0152 -05 74 36 99, Kerstin Weidner (Senftenberg) 0174 -26 24 174, Michael Maurer (Jüterbog) 0162 -64 15 321, Achim Beyer (Neuruppin) 03391 -85 90 20, Rainer Mehlin (Eisenhüttenstadt) aktion-montagsdemo-eh@web.de

Dokumentiert:

Weitergewährung des Sozialtickets

Brief der Eberswalder Montagsdemo an den Barnimer Landrat Bodo Ihrke

Der Kreistag des Landkreises Barnim hat in seiner Sitzung am 26. April den Antrag der PDS-Fraktion zur Wiedereinführung des Sozialtickets mehrheitlich abgelehnt. Wir bedauern diese Entscheidung, haben andererseits aber auch Verständnis dafür. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Auswirkungen der vorgeschlagenen Neugestaltung des Sozialtickets nicht überschaubar sind. Sie wissen, daß Eberswalder Montagsdemo in den letzten Wochen mit der Forderung aufgetreten ist, das Sozialticket zu »erhalten«, bzw. »weiterzugewähren«. Die PDS-Vorlage ging jedoch über diese Forderung wesentlich hinaus.

Trotz der eingetretenen Situation ist für Eberswalder Montagsdemo das Thema Sozialticket nicht vom Tisch. Gibt es noch Chancen, das Sozialticket für den Barnim zu retten? Wir meinen, ja, wenn der Erhalt des Sozialtickets nicht mit Forderungen zu seiner Erweiterung und mit der Erwartung verbunden wird, daß das Sozialticket auf Satzungsgrundlage gehoben wird.

Wir wenden uns deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Landrat, mit der Bitte, nochmals zu prüfen, ob das Sozialticket wie bisher weitergewährt werden kann. Maßgeblich für die Aufhebung des Sozialtickets war nach unserer Kenntnis der finanzielle Verlust, der der BBG durch das Sozialticket entstand. Dieser Verlust bewegt sich in einer (überschaubaren) Größenordnung und wurde für das Jahr 2005 mit 70.000 Euro beziffert. Dies entspricht aber nur dem rechnerischen Preisnachlaß. Im Vergleich des Ergebnisses mit oder ohne Sozialticket

dürfte der Verlust deutlich niedriger ausfallen, weil davon auch die Benutzung der Busse abhängig ist. Die Vermutung der stark wachsenden Inanspruchnahme durch Hartz IV hat sich bisher nicht bestätigt, obwohl Hartz IV schon über ein Jahr läuft.

Ferner ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht einzuschätzen, daß der bezifferte Verlust – gleich Summe der Preisnachlässe – nicht bedeutet, daß die durch das Sozialticket verursachten, direkt zurechenbaren Kosten nicht doch durch den hälftigen Sozialticketpreis gedeckt werden. Trotzdem mag es zutreffend sein, daß sich das Betriebsergebnis der BBG verbessert, wenn kein Sozialticket gewährt wird, weil für viele Betroffene der Bus unverzichtbar ist, obwohl er ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt. Die Verbesserung dürfte jedoch so gering ausfallen, daß sie nicht über das Interesse an der Unterstützung der sozial Schwächsten gestellt werden muß. Es liegt sicher auch in der Verantwortung des Gesellschafters als Träger der Daseinsvorsorge, sozial ausgewogene Lösungen zu suchen. Für die Gesellschaft bleibt ja schlimmstenfalls die Gesellschaftsvertragsregelung des Verlustausgleichs durch den Gesellschafter.

Sehr geehrter Herr Ihrke, wir bitten Sie, die Möglichkeit der Weitergewährung des Sozialtickets auf der bisherigen Grundlage zu prüfen. Grundlage für die BBG-Gesellschafterentscheidung war im Jahre 1998 die Beratung im Kreisausschuss im Mai 1998. Es ist uns nicht bekannt, daß seither ein kreisliches Gremium über die Fortführung oder die Streichung des Sozialtickets entschieden hat. Die Entscheidung des Kreistages am 26. April betraf nur den Antrag der PDS, der die frühere Entscheidung nicht unmittelbar berührte. Insofern ist ein bestimmter Handlungsspielraum gegeben.

Eberswalder Montagsdemo

Demo gegen Sozialabbau in Berlin

3. Juni 2006

Abfahrt: 11.30 Uhr
vom Busbahnhof Eberswalde

Erster Mai muß Kampftag werden

An der hohen Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen Folgen hat sich seit der Maide-mo 2005 nichts geändert und es ist auch keine Änderung in Sicht! So wie die Schröderregie-rung die verfehlte Arbeitsmarktpolitik von der Kohlregierung übernommen und sie ver-schlimmbessert hat, so setzt heute die Große Koalition die Politik der Vorgängerregierungen fort. Die Montagsdemos gibt es immer noch und sie setzen ihren Widerstand gegen den So-zialkahltschlag fort. Die heutige Maiveranstal-tung ist zugleich unsere 79. Montagsdemon-stration in Eberswalde.

Sicher geht es den Regierenden schon auf die Nerven, daß es die Montagsdemo immer noch gibt. 15 Monate lang jeden Montag, da-nach nun jeden zweiten Montag auf der Stra-ße in Eberswalde – da ist die Eberswalder Mon-tagsdemo schon so etwas wie eine Institution. Aber 35 bis 50 Demonstranten bei mehr als 5000 Arbeitslosen in Eberswalde sind viel zu wenig. Und betroffen vom Sozialabbau sind nicht nur die Arbeitslosen und Hartz IV-Ge-schädigten. Betroffen sind auch alle Lohnab-hängigen und die Rentner. Aber sie finden sich nicht im Widerstand zusammen.

Die Politik hat es nicht geschafft, wenn sie es denn überhaupt wollte, die sozialen Probleme zu lösen. Aber sie hat es geschafft, die Bürger mit ihren jeweiligen Problemen zu vereinzeln. Wer überhaupt noch kämpft, kämpft für sich allein – und muß demzufolge unterliegen.

Die Politik hat es auch geschafft, die Poli-tikverdrossenheit ins Unermessliche zu stei-gern. »Es hat doch sowieso alles keinen Zweck«, das ist die weitverbreitete Meinung der Bürger. Damit ist die Demokratie auf den Hund ge-kommen. Aber die Politiker stört es nicht, denn so können sie ungestört regieren.

Aber da gibt es doch noch Unentwegte, wie die Montagsdemonstranten, die sagen: »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt«, und »wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren«. Wir appellieren an alle Lohn-abhängigen und vom Sozialabbau Betroffenen: Wehrt Euch, wehrt Euch gemeinsam und seid solidarisch.

»Deine Würde ist unser Maß«. Das ist das ge-werkschaftliche Motto des diesjährigen 1. Mai. Was steht hinter diesem Motto. Das sind vor allem die Forderung nach einer gerechten Ge-sundheitsreform, die Einführung eines gesetzli-chen Mindestlohnes, der Verzicht auf die An-hebung des Rentenalters auf 67 Jahre und kei-ne weiteren Einschränkungen des Kündigung-schutzes.

Dies alles sind wichtige Themen gewerk-schaftlicher Arbeit im Interesse der Arbeitneh-mer, aber auch anderer Bevölkerungsschich-ten. Und trotzdem muß ich feststellen:

Meine persönliche Würde, die Würde der Montagsdemonstranten und Würde von Mil-lionen Betroffener ist vor allem durch die Ar-

beitslosigkeit verletzt. Im Artikel 1 des Grund-gesetzes steht: »Die Würde des Menschen ist un-antastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Ver-pflichtung aller staatlichen Gewalt«. Und im Ar-tikel 2: »Jeder hat das Recht auf die freie Entfal-tung seiner Persönlichkeit...« und »Die Freiheit der Person ist unverletzlich«.

Statt aber durch eigene, gesellschaftlich Snützliche Tätigkeit ein existenzsicherndes Einkommen erarbeiten zu können, werden Millionen mit ALG II alimentiert – ohne echte Chance auf einen Arbeitsplatz. Das ist entwür-digend!

Das ALG II ist so bemessen, daß die Betrof-fenen per Gesetz in die Armut getrieben wer-den. Einmal hineingeraten kommt keiner mehr aus dieser Armutsfalle heraus. Auch das ist entwürdigend. Doch damit nicht genug: Bun-desanstalt für Arbeit und namhafte Politiker denken laut über die Senkung des Regelsatzes nach. Von 225 Euro ist die Rede.

Doch damit nicht genug! Der »Sozialstaat« schickt den Betroffenen noch die Schnüffler auf den Hals, als würden die Sozialschmarotzer das Staatswesen ruinieren, und als müsste man durch wirtschaftlichen Druck die Arbeitswil-ligkeit sichern bzw. erhalten. An dieser Stelle wird Würde zum Hohn! Keine Arbeitsplätze vorhanden – aber die Menschen zur Arbeit zwingen wollen!

Verhöhnt kommen sich auch die bisherigen Bezieher des Sozialtickets für den öffentli-chen Personennahverkehr im Barnim vor. War es eine menschliche Regung des Landkreises, eine Geste der Würde, 1998 ein Sozialticket für die Arbeitslosen einzurichten? Nun, nach acht Jahren, wird dieses Ticket gestrichen, weil es sich der Landkreis angeblich nicht mehr lei-sten kann? Und just zu diesem Zeitpunkt er-richtet der Landkreis ein neues Kreishaus für 30 Mio Euro. Damit der Landrat würdig resi-dieren kann, bleibt die Würde der sozial Schwächsten auf der Strecke; sie müssen nun zu Fuß gehen oder zu Hause bleiben.

Die Arbeitslosigkeit ist eines der größten ge-sellschaftlichen Übel. Die Ursachen liegen in der Gesellschaft. Aber die Gesellschaft erweist sich als unfähig, dieses Problem zu lösen. Wo bleiben die Gewerkschaften mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit? Das ist doch der Hauptweg, wieder mehr Menschen in Ar-beit zu bringen, der Hauptweg zu mehr Würde.

Warum findet sich im DGB-Aufruf für den heutigen 1. Mai nicht die Forderung nach Ver-kürzung der Arbeitszeit? Wie kann es sein, daß die Dienstleistungsgesellschaft ver.di über eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit verhandelt? Wer längeren Arbeitszeiten zustimmt, macht sich mitschuldig an der hohen Arbeitslosigkeit.

Es ist an der Zeit, den 1. Mai weniger als Maifeiertag zu begehen, sondern vielmehr als Kampftag.

UTE FREY, Rede zum 1. Mai 2006

mationstand vertreten. Im Mittelpunkt stan-den die Aktionen der letzten zwei Monate um das Sozialticket für den öffentlichen Perso-nennahverkehr. Trotz der Ablehnung durch den Kreistag sollen die Aktionen weiterge-führt werden.

80. Montagsdemo am 8.5.

Zu Beginn der 80. Montagsdemo gedach-ten die Demonstranten des Tages der Befrei-ung. Die Kranzniederlegung am Ehrenmal der sowjetischen Streitkräfte fand leider zeit-gleich mit der Montagsdemo statt.

Die Demonstranten wurden zur Teilnahme an der Bundesweiten Demo gegen den Sozi-alabbau in Berlin am 3. Juni aufgerufen. Eberswalder Montagsdemo wird dazu den Bu-stransfer (ab 11.30 Uhr Busbahnhof) absi-chern. Rolf Richter informierte über den Be-ginn des Schülerstreiks an der Albert-Ein-stein-Oberschule. Die Demonstranten unter-stützten das Anliegen, die Einstein-Ober-schule zu erhalten und erklärten ihre Solidari-tät mit den Schülern. Die entsprechende Solidaritätserklärung wurde am nächsten Tag überbracht (9.5.).

Der Kampf um das Sozialticket ist bisher erfolglos geblieben, berichtete Albrecht Tril-ler. Der Kreistag habe die Vorlage der PDS zur Wiedergewährung des Sozialtickets mit er-weitertem Umfang mehrheitlich abgelehnt. Danach forderte die Eberswalder Montagsde-mo den Landrat schriftlich auf, erneut zu prü-fen, ob die Weitergewährung des Sozial-tickets im bisherigen Umfang (Monatsticket zum halben Preis) möglich ist. Um diesem Schreiben etwas Begleitmusik mitzugeben, hatte Eberswalder Montagsdemo zu einer »Schwarzfahraktion« aufgerufen.



20 Montagsdemonstranten stiegen im An-schluß an die Kundgebung in den Obus ein. Sie hatten schwarze Plastetaschen mit der Be-schriftung »Schwarzfahrer« übergezogen. Teil-weise trugen sie auch Schilder mit Losungen zum Thema Sozialticket. Die Gruppe fuhr mit dem Bus bis zum Bahnhof, stieg dort aus, wechselte die Straßenseite und fuhr mit dem nächsten Bus zum Markt zurück. Während der Fahrt sprachen die Demonstranten mit den Fahrgästen und sammelten Unterschrif-ten für das Sozialticket und sozialverträgliche Schülertickets.

81. Montagsdemo am 22.5.

Die Zustimmung aller fand es nicht, daß die 81. Eberswalder Montagsdemo die vorerst letzte regelmäßige Montagsdemo sein soll. Auch den Organisatoren war die Entscheidung nicht leicht gefallen. Aber mit den auch diesmal lediglich 20 Teilnehmern stellte sich die Frage, ob der Sache damit genutzt oder eher geschadet wird. Letztlich folgte die Mehrheit dem Vorschlag, die Demos am Montag einzustellen. Aber die Aktivitäten sollen im Rahmen eines Eberswalder Sozialforums fortgesetzt werden mit Aktionen zu unterschiedlichen Terminen entsprechend dem jeweiligen Thema.

Die Anwesenden wurden über die jüngsten Aktivitäten zum Sozialticket informiert. Nochmalige Informationen gab es zur Demo am 3. Juni in Berlin. Leider konnten die Busabfahrtszeiten noch nicht genau benannt werden. Albrecht Triller berichtete vom 6. Regionaltreffen der Brandenburger Montagsdemos in Storkow, wo die Gründung einer »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB) beschlossen wurde.

Die Ansprache zum Ende der turnusmäßigen Montagsdemos in Eberswalde wurde nicht gehalten, sondern für die Dankveranstaltung am Mittwoch zurückgestellt. Denn erst im Laufe des Tages war bekannt geworden, daß der Bundestagsabgeordnete Markus Meckel zeitgleich eine Bürgersprechstunde durchführte. Die Montagsdemonstranten nutzten die Gelegenheit, um ihren Frust über die jüngsten Äußerungen von Herrn Struck und Herrn Kauder über die Senkung der Hartz IV – Leistungen Luft zu machen. Herr Meckel bekam ein Schild zu lesen »Senkung der Hartz IV – Leistungen??? – deSTRUCKtives KAUDERwelsch!!«

Herr Meckel wurde um seine Meinung gefragt, wie er zu diesen Aussagen steht, die am Tag der Demo in der MOZ veröffentlicht wurden. Er behauptete diese Aussagen seines Fraktionsvorsitzenden nicht zu kennen, ebensowenig wie den Brief der Wohlfahrtsverbände, versuchte sie aber zu rechtfertigen. Damit provozierte er eine hitzige Debatte mit den Montagsdemonstranten. Die Frage nach einem landesweiten Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr beantwortete er mit Unzuständigkeit, denn das sei nicht Sache des Bundestages. Ebenso stellte er sich auf den Standpunkt, daß über die Bildung von siebenten Klassen an den Oberschulen und über die Schulschließungen die Träger und anderen verantwortlichen Stellen entscheiden. Davon ließ er sich auch nicht auf den Verweis darauf abbringen, daß diese Fragen gegenwärtig in seinem Wahlkreis eine große Rolle spielten.

Die Demonstranten waren nicht mit Illusionen zum Bundestagsabgeordneten Meckel gegangen. Aber nach dem Gespräch war der Frust noch größer als zuvor.

Erwerbslose in die Satzung!

von Carsten Zinn und Andreas Steiner

»Die Würde des Menschen ist unser Maßstab«, ist das Motto des 18. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, der vom 22. bis 26. Mai in Berlin tagte. Was aber folgt aus diesem Motto für die Organisation?

Offenbar nicht viel. Anders ist die Arroganz des geschäftsführenden Bundesvorstandes und der Antragskommission nicht zu werten, zwei organisationspolitische Anträge zur Erwerbslosenpolitik den Delegierten zur Nichtbefassung oder Ablehnung zu empfehlen. Der Berlin-Brandenburger DGB-Bezirksvorstand hatte beantragt, Erwerbslosenpolitik in die Satzung aufzunehmen, der Gewerkschaftsrat von ver.di wollte Erwerbslosengremien und -konferenzen auf allen Ebenen installieren.

Was aber passiert, wenn man die Betroffenen nicht fragt, zeigt der Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes zur Arbeitsmarktpolitik, speziell das Kapitel zur Hartz-IV-Revision. Dieses ist kaum geeignet, die Würde von Erwerbslosen zu verteidigen insbesondere mit Blick auf den Gesetzentwurf der großen Koalition »zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende«. Dieser ist diskriminierend, da die vorgeschlagenen Maßnahmen wie eine »Stallpflicht« für Arbeitslose und die Durchleuchtung ihrer Konten Betroffene zu »Häftlingen im offenen Vollzug« machen. Gespart werden soll

weiter auf dem Rücken von Benachteiligten. Wir hoffen, daß die Delegierten auf dem Kongreß selbst die Initiative ergreifen und das vorgeschlagene Votum der Antragskommission seinerseits in den Papierkorb verweisen. Der Personengruppe »Erwerbslose« muß der gewerkschaftspolitische Stellenwert eingeräumt werden, der ihr zukommt. Schließlich steigt die Zahl der Erwerbslosen in den Einzelgewerkschaften schnell an.

Erwerbslose stehen oft an vorderster Front, wenn es gilt, z.B. Demonstrationen zu beschicken. Sie sind es aber leid, als Füllmasse benutzt zu werden und den Sprechblasen von Funktionären zu lauschen. Sie möchten ernst genommen werden. Bei der Formulierung von Positionen des DGB in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und deren sozialen Wirkungen muß die Kompetenz von gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen genutzt werden; ihre Verankerung in der Satzung wäre ein klares Signal in diese Richtung. Wer wüßte schließlich besser, worum es bei all dem wirklich geht, als wir, die Betroffenen?

Über die Ergebnisse des Bundeskongreß informieren wir in der nächsten BBP-Ausgabe.

Carsten Zinn ist Vorsitzender des ver.di-Landeserwerbslosen-Ausschusses Berlin-Brandenburg. Andreas Steiner ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), Unterbezirk Barnim.

Geschlossene Gesellschaft bei der SPD Finow?

Die SPD Finow ist bekannt als der progressive und bürgernahe Ortsverein in Eberswalde. Umso mehr waren zwei Mitglieder der ver.di-Erwerbslosengruppe Eberswalde brüskiert, daß sie am 15. Mai kurz nach ihrem Eintreffen am Sitzungsort dem »gewerkschaftlichen Verfolgungswahn« des Vorstandsmitgliedes und der Stadtverordneten Birka Gaebel ausgesetzt waren. Anlaß der beiden Hartz IV-Betroffenen war es, den Ausführungen des MdB und Wahlkreisabgeordneten der SPD, Markus Meckel, zu bundespolitischen Themen insbesondere zur Arbeitsmarktpolitik und deren sozialen Wirkungen zu lauschen. Aufgrund des unangemessenen, schroffen Verhaltens von Frau Gae-

bel mußten sie leider zur Kenntnis nehmen, daß man eigentlich unter sich sein wollte. Dies vereinbart sich nicht mit der Generallinie der SPD, Ortsvereinsitzungen in der Regel öffentlich durchzuführen. Völlig frustriert verließen sie den Ort des Geschehens, bevor die Versammlung begonnen hatte. Dieser Vorfall hat dem Ansehen der SPD Finow Schaden zugefügt und den Betroffenen erneut vorgeführt, daß sie in der politischen »Geschlossenen Gesellschaft« im Allgemeinen wie im Besonderen nicht besonders erwünscht sind!

Ich empfehle dem Vorstand der SPD Finow, diesen Vorfall sachlich auszuwerten und Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Dem Vorsitzenden und Kollegen Harri Kalanke kommt diesbezüglich eine besondere Verantwortung zu.

Dem »hochgeschätzten« MdB Meckel ist zu empfehlen, sich seinen Wählerinnen und Wählern der breiten Öffentlichkeit zu stellen. Sein Terminkalender im Mai/Juni beinhaltet viele Gesprächsrunden vor Ort. Erwerbslose scheinen jedoch nicht zu seiner bevorzugten Wahlkreisklientel zu gehören, denen man Rechenschaft über die Tätigkeit als Abgeordneter im Deutschen Bundestag ablegen sollte.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim

Die Eberswalder Montagsdemos

Ein Jahr Widerstand gegen die »soziale Rutschpartie« von Hartz IV und Agenda 2010

EINE SONDERAUSGABE DER BARNIMER BÜRGERPOST

Langfassung, A4, 60 Seiten = 4,00 Euro
Kurzfassung, A4, 8 Seiten = 0,40 Euro

erhältlich bei der »Eberswalder Montagsdemo« und bei der »Barnimer Bürgerpost«
(Kontakt: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde, Tel.: 03334/356542, Fax: 01805/751112596, eMail: bbp@teita.de)

Wasser in Bürgerhand – WIB – Aktionsgruppe Barnim

Gerichtsurteile verstehen – leicht gemacht

Heute: zum Streitgegenstand Benutzungszwang (Schmutzwasser)

In dem Verwaltungsgerichtlichen Berufungsverfahren – Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht, 9. Senat, URTEIL vom 18.09.2003 (Az.: 9 LC 540/02 - 3 A 3188/02) – hat das Gericht für Recht erkannt: 1. Die Berufung der Beklagten (hier Stadt Gandersheim) gegen die Urteile des Verwaltungsgerichts Göttingen vom 12. November 2002 wird zurückgewiesen. 2. Die Beklagte trägt die Kosten des Berufungsverfahrens. Die Revision wird nicht zugelassen.

Worum ging es? Die Klägerin Frau K. betreibt im Keller ihres Wohnhauses eine Schmutzwasseraufbereitungsanlage der Firma Busse, Leipzig. Diese Anlagen zeichnen sich dadurch aus, daß sie auf kleinstem Raum durch ein spezielles Abbau- und Filterverfahren (Nanofiltration) vollständig sauberes, hygienisiertes Wasser liefern. Das aufbereitete Wasser wird im Kreislauf gefahren (Wasserrecycling) und vorzugsweise als Brauchwasser wieder verwendet. Das Gericht hat sich durch Besichtigung von der Güte der Anlage überzeugt. Ein Richter war – angesichts der innovativen Lösung – geradezu begeistert. Der Bürgermeister der Stadt Gandersheim wollte der Klägerin die Wiederverwendung des Wassers verbieten. Sie sollte ihre Anlage stilllegen und alles auch nur einmal gebrauchte Wasser in den öffentlichen Abwasserkanal einleiten. Dazu wurde ein Zwangsgeld angedroht. Mit diesem Antrag ist er vor dem Verwaltungsgericht Göttingen gescheitert und hat deshalb Berufung eingelegt. Auch der Berufungsantrag hatte keinen Erfolg.

Aus der Urteilsbegründung: Die Verpflichtung, das aufbereitete Wasser nicht in den häuslichen Kreislauf zurückzuführen sondern in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation einzuleiten ist mangels gesetzlicher Grundlage rechtswidrig. Der weitere Betrieb der hauseigenen Anlage kann nicht untersagt werden. Das Satzungsrecht kann auch nicht dahingehend geändert werden, daß alles verschmutzte Wasser unmittelbar, also ohne weitere Nutzung, der Kanalisation zuzuführen sei. Für eine solche Anordnung besteht keine Ermächtigungsgrundlage. Sie läßt sich insbesondere auch nicht aus dem Niedersächsischen Wassergesetz (NWG) und auch nicht aus der Abwasserbeseitigungssatzung (ABS) des Aufgabenträgers entnehmen. Zwar muß überschüssiges Schmutzwasser, also Wasser, für das die Eigentümerin keine Verwendung hat (Abwasser im Sinne des Gesetzes!) in den Kanal eingeleitet werden. Die entsprechenden Vorschriften (hier: NWG § 149 Abs 10 und ABS § 4 Abs 1) sagen jedoch nichts über den Zeitpunkt aus, zu dem einzuleiten ist. Es gibt keine Vorschrift, daß verschmutztes Wasser vor dem Einleiten nicht wieder aufbereitet werden und einer zusätzlichen Verwendung zugeführt werden darf. Ein angeordneter Benutzungszwang schließt nicht aus, daß aufbereitetes Schmutzwasser

wiederverwendet werden darf und erst bei Auftreten eines Überschusses in den Kanal einzuleiten ist. Wenn es dann keinen Überschuß gibt, dann muß man nichts einleiten!

Anmerkungen: Dieses Urteil hat die Klägerin viel Mut, Kraft, Ausdauer und Nerven gekostet. Jeder, der sich schon selbst gegen Behördenwillkür gewehrt hat, weiß, wieviel Unruhe bereits ein Widerspruchsverfahren und gar noch ein Zwangsverfahren mit sich bringen. Die Mühe hat sich gelohnt. Der Anschluß des Grundstücks an die Kanalisation stand nicht zur Diskussion, er war von der, zunächst noch wenig erfahrenen, Klägerin gar gewollt. Es ging nur noch darum, den Anschluß auch benutzen zu müssen. Hier haben die Richter offenbar erkannt, daß ein Benutzungszwang zwar vorgeschrieben werden kann (weil er wegen der Gebühren gewollt ist), daß er aber nicht durchsetzbar ist. Niemand kann einen Bürger zwingen, auch nur einen Eimer Schmutzwasser in die Kanalisation zu »entsorgen«, wenn er ihn selbst verwerten will. Das haben die Richter aber so deutlich nicht sagen wollen. Deshalb ist ihnen der »Trick« eingefallen, die Zeitschiene mit ins Spiel zu bringen. Damit haben sie den Benutzungszwang zur Disposition gestellt und de facto aufgehoben.

Man muß sich nun fragen, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, Abwasseranschlüsse, oft zwangsweise, zu schaffen, auch wenn sie dann nicht benutzt werden. Wir wissen, daß es den Aufgabenträgern nicht um volkswirtschaftlich sinnvolle und ökologisch vernünftige Lösungen geht, sondern einzig und allein um die Verwirklichung der immer noch geltenden Konzepte zur flächendeckenden Kanalisation auch dünn besiedelter Gebiete und um ihre Einnahmesituation – beides einzig und allein aus Gewinnstreben. So ist das, nicht nur in Niedersachsen sondern auch in Brandenburg.

Schlußfolgerung: Das ist ein weiteres Beispiel dafür, daß man sich von Gewinnstreben diktierte Willkür der Aufgabenträger nicht gefallen lassen muß. Man kann sich wehren und man wird – Mut, Klugheit und Stehvermögen vorausgesetzt – Erfolg haben. Insbesondere sollte man sich von Drohbrieffen und Versuchen von Zwangsmaßnahmen der Behörden nicht einschüchtern lassen. Es ist jedoch bedauerlich und muß beklagt werden, daß es zur Durchsetzung des Rechts gegen rechtswidrig handelnde Behörden der Zivilcourage einzelner entschlossener Bürger bedarf. In einem Rechtsstaat muß es eine Selbstverständlichkeit sein, daß Behörden auf der Grundlage geltender Gesetze rechtens handeln. Leider ist das derzeit nicht so, sonst bräuchten wir wohl keine Verwaltungsgerichte (Das Urteil liegt im Wortlaut vor und steht Interessenten auf Anfrage zur Verfügung).

JOHANNES MADEJA

Ein Haus ohne Öl und Gas

Berlin/Freiberg (bsw). Drei sächsische Unternehmen haben gemeinsam ein Haus entwickelt, das ganzjährig ohne Öl und Gas auskommt und seine Heizung nahezu vollständig aus der Sonne speist. Das innovative Eigenheim wurde am 27. April in Berthelsdorf bei Freiberg eingeweiht. Sachsens Umweltminister Stanislaw Tillich und Carsten Körnig, Geschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) nahmen die Solaranlage in Betrieb, die das Gebäude mit Sonnenwärme versorgt. Die Sonne soll 95 Prozent der Energie für Heizung und Warmwasser liefern, für den Rest sorgt Holz aus dem Kaminfeuer.

Das sogenannte »Energetikhaus 100« ist eine bau- und solartechnische Neuheit. Herzstück des Gebäudes ist ein 7,40 Meter hoher Saisonspeicher, der 28.000 Liter Wasser faßt und über drei Etagen reicht. Die mit Hilfe einer Solaranlage im Sommer eingefangene Sonnenenergie kann so mit nur geringen Verlusten für die kalte Jahreszeit gespeichert werden.

»Damit ist klar, daß es heutzutage möglich ist, gänzlich auf Öl und Gas zu verzichten. Ein 100 Prozent solar beheiztes Haus muss schon bald zum Baustandard werden. Die explodierenden Kosten für Energie und Klimaschäden beginnen, unerträgliche Ausmaße anzunehmen, für Verbraucher, Wirtschaft und Umwelt.« erklärte Carsten Körnig zur Fertigstellung des Gebäudes.

Immer mehr Menschen setzen inzwischen auf den Einsatz der Solarenergie zur Heizungsunterstützung und Warmwasseraufbereitung. Nach Informationen des Bundesamtes für Wirtschaft (BAFA) planten allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres beinahe 40.000 deutsche Eigenheimbesitzer die Errichtung einer Solaranlage. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum hat sich das Interesse an Solarwärme damit mehr als verdoppelt. Im Gebäudebestand führt der Einsatz von Solaranlagen nach Angaben des BSW je nach Größe und Auslegung der Solaranlage bislang zu einer Reduktion der Brennstoffkosten von 10 bis 30 Prozent. Im Neubau kann sogar eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien gewährleistet werden, wie das erste »Energetikhaus 100« in Sachsen belegt.

»Bei unserem neuen Haustyp werden alle Möglichkeiten kombiniert, um Sonnenergie zu nutzen. Die künftigen Bewohner machen sich dadurch bei den Betriebskosten von den explodierenden Öl- und Gaspreisen unabhängig«, erläutert der Deutsche Solarpreisträger Timo Leukefeld die Vorteile des Gebäudes. Seine Freiburger Firma Solifer, die inzwischen für ihre Innovationen mehrfach ausgezeichnet wurde, plant und installiert das Solardach und die dazugehörigen Anlagen. Fachleute der TU Bergakademie haben gemeinsam mit den drei beteiligten Firmen die technische Ausstattung optimiert und auf das Notwendige reduziert. Das spart Kosten und macht die Anlagen wartungsarm.

Mehr Infos: www.energetikhaus100.de

Stadtwald:

Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen

Eberswalde (bbp). Die Zukunft des Stadtwaldes Eberswalde gehört in diesem Jahr zu den Hauptthemen der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU). Nachdem Ende März Stadtförster Wolfram Simon über die derzeitige Bewirtschaftung des Stadtwaldes informiert hatte (BBP 5/2006) ließ sich die AGU auf ihrer Beratung am 26. Mai von den beiden jungen Forstingenieuren Tino Flindt und Frank Kaeding alternative Möglichkeiten der Forstbewirtschaftung erläutern. 1995 bis 2000 studierten die beiden an der Fachhochschule Eberswalde, bevor sie im Jahr 2001 in Eberswalde die Komforst GbR gründeten, ein forstliches Ingenieurbüro mit der primären Geschäftsidee, Kommunalforstbetriebe zu betreiben.

»Wir meinen«, so Tino Flindt, »kommunale Waldbesitzer müssen nicht hinnehmen, daß ihre Forstbetriebe jährlich Defizite erwirtschaften«. Mit ihrem Unternehmen wollen die beiden Forstleute ein neues Verständnis vermitteln, das Wald für die Kommunen als Wertanlage und Einkommensquelle darstellt. »Nach unserer Überzeugung«, ergänzt Frank Kaeding, »ist das nur über eine naturgemäße, ökologische Waldbewirtschaftung zu erreichen«. Die Anpassung der Waldwirtschaft an natürliche Prozesse und die Ausnutzung der natürlichen Potentiale des Waldes stehen dabei im Vordergrund.

Die Begriffe »naturgemäß« und »ökologisch« sind gerade bei der Waldbewirtschaftung arg überstrapaziert und werden auch konventionell wirtschaftenden Betrieben gern als Etikett aufgeklebt. Flindt und Kaeding wollen weg vom üblichen Altersklassenwald. Statt einen möglichst homogenen Bestand heranzuzüchten, der bei Kiefern im Alter von 100 bis 120 Jahren geerntet und dann durch Neupflanzungen ersetzt wird, zielt ihr Konzept auf Mischbestände, in denen gutes Sägeholz so gefördert

wird, daß auch in höherem Alter noch hohe Zuwachsraten erzielt werden. Dazu muß den Bäumen gerade bei der Lichtbaumart Kiefer ausreichend Platz zur Verfügung stehen, um eine ausreichend üppige Krone zu entwickeln. Bei Durchforstungen wird also nicht vorrangig das Dünholz entfernt, welches ohnehin nur niedrige Preise erzielt, sondern die starken Konkurrenten. Mit dem Nebeneffekt des höheren finanziellen Erlöses schon bei der Pflege. Zugleich kann in dem nun lichterem Wald eine natürliche Verjüngung in Gang gesetzt werden, was allerdings eine Verminderung des unnatürlich hohen Wildbestandes voraussetzt. Gegenwärtig müssen bei Verjüngungsmaßnahmen aufwendige Wildzäune errichtet werden, um den Verbiß der Jungbäume durch das Rotwild zu verhindern. Das können die Forstbetriebe nur finanzieren, weil dafür seitens Land und EU Fördermittel zur Verfügung stehen, was aber nicht für alle Ewigkeit garantiert ist.

Die Mitglieder der AGU verwiesen auch auf die von Stadtförster Simon angesprochenen Probleme, die eine wirtschaftliche Beforstung behindern: der hohe Anteil junger nach dem 2. Weltkrieg angelegten Bestände, die erst in den nächsten Jahren erntereif würden, die durch die Kriegseinwirkung geschädigten Altbestände und die Nachteile aus der PFC-Zertifizierung, die einen Einsatz chemischer Mittel gegen die wuchernde Traubenkirsche verbiete. Aber auch hier fallen den Komforst-Leuten Alternativen ein. Die nach dem Krieg angepflanzten Bestände seien jetzt in dem Alter, wo die entsprechenden Pflegemaßnahmen darüber entscheiden, ob der Altersklassenwald mit einem Zielholzvorrat von 400 bis 450 Festmetern beibehalten wird oder Mischbestände mit 250 Vorratsfestmetern und einem optimalen Zuwachs von 5 bis 6 Festmetern pro Jahr her-

angezogen werden. Mit Granatsplintern und Munition kontaminierte Bestände kennen die beiden Forstingenieure von ihrer Arbeit in einem Forstbetrieb im südlichen Brandenburg im Gebiet von Halbe, wo im April 1945 eine erbitterte Kesselschlacht tobte. Aber selbst dort sei nur ein Teil der Bäume betroffen, so daß sich durchaus verkaufsfähiges Holz produzieren läßt. Aussitzen jedenfalls könne man das Problem nicht.

Wundermittel gebe es auch für das Traubenkirschenproblem keine. Die praktizierten Versuche zur manuellen Bekämpfung sei zwar aufwendig, aber wenig erfolgversprechend. Dadurch würden sich die Traubenkirschenbüsche nur immer wieder neu bestocken. Bei einer natürlichen Waldverjüngung ohne übermäßigen Wildverbiß hingegen wären die hochwüchsigen einheimischen Baumarten auf Dauer im Vorteil und würden perspektivisch für ein natürliches Ausdunkeln sorgen und damit die Wuchsbedingungen der Traubenkirsche auf natürliche Weise behindern. Eine Möglichkeit wären auch die schon von Förster Simon erwähnte Bekämpfung mittels des Violettten Schichtpilzes. Allerdings befindet sich diese Methode noch in der Erprobungsphase.

Die Naturschutz- und Erholungsfunktionen des Waldes spielen auch in den Konzepten der Komforst GbR eine große Rolle. Und, eine bessere Ökonomie der Waldbewirtschaftung würde auch hierfür einen größeren Handlungsspielraum schaffen. Wie schon Stadtförster Simon wandten sich auch Tino Flindt und Frank Kaeding strikt gegen eine Privatisierung des Stadtwaldes. Eine Modernisierung der Bewirtschaftungsprinzipien, hin zu einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Waldbewirtschaftung sei im Interesse der Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Schulentwicklungsplanung

Zufallsprinzip

Nur Trockenübungen werden zum Schwimmenlernen nicht ausreichen. Und ohne sich zu entscheiden, wird es keine Schulentwicklungsplanung geben. Nach dem mehrfachen Scheitern der Schulentwicklungsplanung im Landkreis versucht der Landrat nun mit Gesprächen im ausgewählten – aber wohl eher zufällig zusammengesetzten – Personenkreis zu Ergebnissen zu kommen. Mittlerweile sind die Planungsvoraussetzungen durch verschiedene Kreistagsbeschlüsse jedoch so weit verwässert, daß nur noch zur Diskussion stehen dürfte, welche Oberschulen insbesondere in Eberswalde geschlossen werden. Ansonsten entscheidet weiterhin der Zufall der jährlichen Elternwünsche über den Bestand der weiterführenden Schulen im Barnim. Dafür wird kein »Bildungs-

gipfel« gebraucht. Wozu außerdem haben wir einen aus gewählten Abgeordneten bestehenden Bildungsausschuß? Zu den heutigen Gipfelgesprächen sind die Mitglieder jedenfalls nicht geladen.

THOMAS BERG, Fraktionsvorsitzender Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim

Treten Sie zurück

Sehr geehrte Frau Reuscher, als Bewohner des Brandenburgischen Viertels. Mitarbeiter der Kirchengemeinde Finow, studierter Dipl. Sozial-Pädagoge, Vorsitzender des Sprecherrates im Stadtteil und Partner der Oberschule Albert-Einstein, möchte ich Ihnen auch auf diesem Weg noch einmal mitteilen, daß Ihre Entscheidung zur Oberschule im Stadtteil nicht richtig war! Ich habe in den Ausschüssen, auf der Stadtverordnetenversammlung

und während der Demonstration folgendes verstanden: Niemand ist Schuld! Es ist ein leichtes Spiel, eine wohl längst beabsichtigte Schließung einer Schule auf den Elternwillen zu schieben. Warum gibt es dann aber überhaupt das Schulamt? Dann müßten auch pädagogische und soziale Belange eine Rolle spielen!

Im Gegensatz zu Ihnen kenne ich die Schülerinnen und Schüler und die Elternhäuser, die von Ihrer Entscheidung zum neuen Schuljahr betroffen sind. Und ich erahne auch die Folgen Ihrer Entscheidung!

Weil ich von Ihrer unfachlichen und falschen Entscheidung überzeugt bin, weil ich die Art Ihrer Entscheidungsfindung nicht für demokratisch halte, werde ich bei jeder Gelegenheit Ihren sofortigen Rücktritt fordern. Ich denke es ist fair, daß ich Ihnen das vorher mitteile.

HARTWIN SCHULZ, 3. Mai 2006

Lebenswerte Werte sind christlich

In Leserbriefen in der MOZ forderten einige Leser die Werteerziehung in unserer Gesellschaft breiter zu fassen, als es in der christlichen Tradition gegeben ist. Es sollen nicht nur christliche Werte gelten.

Dies ist sehr kurz gefordert. Natürlich gründen die christlichen Werte auch auf jüdische Wurzeln und dazu bekennen sich die christlichen Kirchen mindestens in Deutschland inzwischen heute auch gern. Deshalb ist es klar, daß Werte der christlichen Kirche auch ältere Wurzeln haben. Die besondere Form in der Gott den Menschen gegenübertritt, ist ein Novum, das der christliche Glaube einnimmt. Das Verhältnis von Gott und Menschen mit Liebe zu bezeichnen und zu erzählen, daß Gott den, den er liebt, seinen Sohn Jesus Christus, uns Menschen gibt und von Menschen in Bezug auf Gott und untereinander Liebe erwartet, ist in dieser Weise mit der christlichen Verkündigung entstanden. Wo Marx und Engels mit Werten umgehen, spricht, soweit mir bekannt, ihre eigene christlich-jüdische Vergangenheit.

Den lebenswerten Wert, den der Marxismus oder andere atheistische Philosophien zusätzlich neu eingebracht haben, suche ich bis heute noch. Ich habe vielmehr Sorge, daß der Marxismus zwar viele christliche Werte benutzt, sie aber ihrer Glaubensgrundlage und damit ihrer Wurzel und ihrer Autorität entkleidet. Vor den Werten des Islam, muß ich gestehen, habe ich Angst, nicht nur weil sie mir fremd sind, sondern weil ich im Islam sehe, daß er Gott die unmittelbare Liebe abspricht und so zu einer Religion der Unterwürfigkeit wird, in der auch Selbstmordattentate und Ehrenmorde ihre Wertetradition haben. In diese Hände will ich meine Kinder, aber auch die Gesellschaft, in der ich lebe, nicht geben.

Von daher bin ich unserer Familienministerin Ursula von der Leyen dankbar, daß sie mit einem mutigen Schritt, eine wichtige Diskussion in unserer Gesellschaft ins Rollen gebracht hat und hoffe, daß diese Diskussion nicht gleich wieder verstummt.

HANNS-PETER GIERING

Man wird ja mal fragen dürfen

Benedikt, liest man, hat darüber nachdenken lassen, ob man einem an AIDS erkrankten Ehemann erlauben könne, beim Beischlaf mit seiner Frau ein Kondom zu benutzen. Der Denkvorgang dauert noch an, aber eine gewisse Sorte von deutscher Presse feiert diese Unerhörtheit schon als Signal für einen Kurswechsel des Vatikans in der »leidigen Verhüllungsfrage«.

Man muß den Nebel aus schönen Wörtern, der um den Pontifex verbreitet wird, diese Verbalkaskaden vom »weisen Hirten«, »sanften Inquisitor«, vom »Idol unserer Jugend«, vom »Neuerer auf dem Stuhl Petri« usw. usw. durchstoßen und zu den Fakten kommen, um zu begreifen, was eigentlich auf dem Gewissen des Vizegottes, der hauptberuflich mit dem Gewissen anderer befaßt ist, lasten müßte. Wie auch auf dem seiner sündigen Vorgänger. Tausende und abertausende Tote und ein paar Millionen tödlich erkrankte Menschen. Die Unfähigkeit, von mittelalterlichen Dogmen sich zu trennen, die fortwährende barbarische Verkündigung, daß Gebärverhütung gegen den Willen des Gottes sei, der weiland Moses die Gebotstafeln herunterreichte mit dem imperativen »Du sollst nicht töten!« vornan, dies alles mitgeteilt von Greisen, die nie oder allenfalls in jüngeren Jahren mit der Pfarrköchin heimlich Sex hatten, ist drauf und dran, der Welt mehr an Leid zu bringen, als durch Spendenaktionen, Kollekten und Hilfswerke jemals getilgt werden kann. Wer Geld gibt dafür, zahlt für bitterböse Zustände, die es gar nicht geben müßte. Die Verursacher und Mittäter bitten zur Kasse. Ein geistiges Prinzip, genau genommen eine Phrase, ein paar nie geprüfte Sätze zerstören Leben,

Hoffnung, Würde. Das aber sind beliebte Fahrenwörter des weißtextilten Armehebers aus Markt am Inn, wo man neuerdings kein Papstbier mehr verkaufen darf. Nur noch Bedediktbrezen.

Man muß – darf man das überhaupt? – auch mal fragen dürfen, was im Bürgerlichen Gesetzbuch an Strafen parat ist, wenn es um Beihilfe zur Tötung, um Duldung von fahrlässiger Tötung und dergleichen geht. Es gab in Deutschland ein paar Verurteilungen von Männern, die Frauen bewußt AIDSinfiziert hatten in dem Sinne, daß sie unbekümmert und ungeschützt was mit den Damen hatten. Zwei bis dreieinhalb Jahre betrug das Strafmaß.

Wenig genug. Darf man das hochrechnen auf das Konto eines Mannes, der ... irgendwann demnächst wieder nach Deutschland kommt und gewißlich vom Blüten seiner Schäflein umbäht wird?

Man darf und man muß. Wir sind nicht Papst! Gott sei es gedankt. Halleluja!

S.P.

Gen-Mais als Ladenahter

Hamburg (greenpeace). In der BRD wird auch dieses Jahr weniger Gen-Mais angebaut als angekündigt. Bis Februar wurden im staatlichen Anbaukataster zwar etwa 2.000 Hektar angemeldet. Ausgebracht wurde Gen-Mais aber auf lediglich rund 1.000 Hektar. Mais wächst in in der BRD auf etwa 1,7 Millionen Hektar. Neben staatlichen Einrichtungen beteiligt sich nur eine kleine Anzahl von Privatbetrieben am Anbau. Der Schwerpunkt des deutschen Gen-Mais-Anbaus liegt in Brandenburg.

Gen-Mais von Monsanto

Risikoforschung geheim

Der US-Agrarkonzern Monsanto will verhindern, daß die Untersuchungen zur Risikobewertung seines genmanipulierten Maises MON810 offen gelegt werden. Greenpeace hat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im August 2005 die Herausgabe der Daten zu Fütterungsversuchen an Ratten und Hähnchen beantragt. Gegen den Beschluß der Behörde, Greenpeace die Untersuchungen zu überlassen, hat Monsanto nun Widerspruch eingelegt. Der Streit wird wahrscheinlich vor Gericht ausgetragen.

Aus Monsanto's Laboren stammen 90 Prozent der weltweit angebauten Gen-Pflanzen. Der Konzern versucht seit Jahren, diese auch in Deutschland durchzusetzen. Der Gen-Mais soll zwar in der BRD angebaut und verzehrt werden, die Risikobewertung jedoch unter Verschluss bleiben, sagt Christoph Then, Gentech-Experte von Greenpeace.

Was hat Monsanto zu verbergen? Offensichtlich traut Monsanto der Qualität seiner Produkte selbst nicht. Greenpeace fordert, daß der Anbau der Gen-Pflanzen gestoppt wird.

Für einen weiteren Gen-Mais (MON863) von Monsanto erzwang Greenpeace bereits vergangenes Jahr per Gericht, die Akten zu Fütterungsversuchen zu erhalten. Unabhängige Wissenschaftler überprüften die Versuche. Ihr Ergebnis: Monsanto hatte fragwürdige Methoden angewandt, den Zulassungsbehörden unterliefen bei der Bewertung grobe Fehler.

Monsanto blockiert nicht nur bereits bestehende Daten. Auch weitere Forschung zur Sicherheit seiner Gen-Produkte will das Unternehmen verhindern. Greenpeace hat Monsanto um Saatgut-Proben ersucht, um sie von unabhängigen Laboren auf gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe untersuchen zu lassen. Im April antwortete Unternehmens-Sprecher Andreas Thierfelder: »Hierzu bringe ich Ihnen nochmals zur Kenntnis, daß weder Monsanto noch die Märka Saatgut (...) zu Forschungszwecken verkauft.« Märka ist Monsanto's deutscher Vertragspartner in Eberswalde/Brandenburg. Auch Wissenschaftler beklagen sich immer wieder, daß ihnen von der Gen-Industrie der Zugang zu Saatgut verwehrt wird.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht stellt die EU-Kommission fest, daß die Auswirkungen von genmanipulierten Pflanzen wie dem Gen-Mais MON810 auf Umwelt, Tier und Mensch bisher nur unzureichend untersucht sind. Unter anderem könnten Langzeitschäden an Menschen nicht ausgeschlossen werden. Inzwischen fordert die Kommission eine bessere Sicherheitsbewertung von Gen-Saaten. Auch Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) hat den deutschen Umweltverbänden am 20. April zugesagt, die Sicherheit der Gen-Saaten erneut prüfen zu lassen.

MICHAEL RICHTER
(www.greenpeace.de)

14995

Ich, Nadja Kalnitskaja mit der Lagernummer 14995, richte mich im Namen der Gefangenen, die durch ein Wunder am Leben geblieben sind, und der zweiundneunzigtausend ums Leben gekommenen Menschen an die ganze fortschrittliche Menschheit!

Liebe Freunde, wir haben uns heute hier zusammengefunden, um das Andenken von jenen Menschen zu ehren, die im Kampf gegen den Faschismus ums Leben gekommen sind. In den Kriegsjahren gab es im Konzentrationslager Ravensbrück die Vertreter von drei- und zwanzig Ländern der Welt. Es waren Tausende und Tausende Menschen und sie alle hatten dasselbe Urteil: »Keine Rückkehr«. Das konnte nur eines bedeuten: »den Tod«. Und wir warteten auf ihn jede Minute, Niemand von uns vergißt all dieses Grauen der Erniedrigungen, die wir hier erlebt haben. Niemand vergißt den Geruch und Qualm und den schwarzen Rauch der Krematoriumsöfen. Es ist unmöglich, unsere riesigen Schmerzen in Worten wiederzugeben!

Heute habe ich die Ehre, den Frauen von Ravensbrück großen Dank auszusprechen. Sie vergaßen ihre Qualen und setzten alle ihre Kräfte ein, um die an Erschöpfung sterbenden oder zum Tode verurteilten Menschen zu retten. Das waren die Frauen aus der antifaschistische Illegalität, die Kämpferinnen des Widerstandes. Das war die internationale Solidarität aller Gefangenen! Sie setzten sich das wichtigste Ziel: Möglichst viele Kinder und Jugendliche am Leben zu erhalten, damit sich, das heißt wir, der ganzen Welt die Wahrheit über die Konzentrationslager, über den Nazismus erzählen. Mit allen seelischen Kräften sogar in der schwersten Zeit unterstützten sie unseren Glauben daran, daß der Sieg errungen wird, die Rote Armee kommt und uns von der faschistischen Sklaverei befreit. Schließlich kam dieser Tag! Der 29. April 1945!

Wir warteten auf ihn lange vier Jahre. Sein Leben riskierend kam der sowjetische Soldat mit enormen Anstrengungen hierher... Er kämpfte gegen Böses, um der Menschheit die Befreiung von der braunen Pest zu bringen. Wir vergessen ihre Heldentaten im Namen des Friedens nie!

Heutzutage, nachdem schon mehr als eine Generation von Europäern nachgewachsen ist, denen Krieg und Hunger, Zerstörung und Not fremd sind, sollen wir nicht vergessen, was die Menschen der ganzen Erde in den Jahren des zweiten Weltkrieges erlebt haben. Wir sind verpflichtet, alles zu bewahren, was uns an die schweren Jahre erinnert und das Wissen und diese Erinnerungen den kommenden Generationen zu übergeben... Mögen unsere Kinder und Enkel in Freundschaft und Einigkeit leben!

NADJA KALNITZKAJA

29. April: 61. Jahrestag der Befreiung des KZ Ravensbrück

Abschied von der Erlebnisgeneration

Wie die meisten faschistischen Konzentrationslager hatte das Frauen-KZ Ravensbrück zahlreiche Außenlager. Auch die Lager »Eisenpalterei« in Eberswalde und »Waldeslust« in Finow gehörten dazu. Das Geschichtswissenschaftlichen Institutes Eberswalde (GWI) beschäftigt sich mit der Erforschung und Dokumentation der Zwangsarbeiterlager im Raum Eberswalde. GWI-Vertreter trafen sich am 23. April in Ravensbrück mit ehemaligen Häftlingen, die auch in Eberswalde waren. So auch Nadja Kalnitskaja, (Mitglied des Internationalen Ravensbrück Komitees) die vor den Versammelten bewegende Worte sprach.

Nach ihr ergriff Prof. Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, das Wort. Sie erinnerte »auch an die Menschen, die in Konzentrationslager wie Sachsenhausen, Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau und weitere verschleppt wurden, an die Millionen von Opfern in den Vernichtungslagern von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Sobibor und anderen«.

Viele der auch in diesem Jahr anwesenden ehemaligen Häftlinge seien anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager im Land Brandenburg erstmals wieder an ihre Leidensstätten gekommen. Dies sei weiterhin als großes Signal der Verständigung und Versöhnung wahrgenommen worden. »Lassen Sie mich ein Wort zu dem Generationenwechsel sagen. Der Abschied von den ehemaligen Häftlingen, der Erlebnisgeneration der NS-Zeit, von Opfern, Tätern und Menschen, die diese Zeit miterlebt haben, ist von erheblicher Bedeutung für die

Gedenkstätten. Wir alle sind aufgefordert, uns mit dieser Phase unserer Vergangenheit und ihrer Gegenwartsbedeutung auseinander zu setzen. Der Übergang von der 'kommunikativen' zur 'kulturellen Erinnerung', die schon eine Weile nebeneinander existieren, erscheint mir unausweichlich.« Dies gehe damit einher, daß die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus tendenziell etwas von ihrer Unmittelbarkeit verliere.

Um so wichtiger ist die Forschungsarbeit, für die auch das GWI einen wichtigen Beitrag liefert. Das GWI hat in diesem Jahr wiederum anspruchsvolle Ziele zu verwirklichen. Im September werden zwei Schulen, die Gesamtschule Mitte und das Gymnasium II in Police eine einwöchige Grabung in Finowfurt nach den Überresten des Bereitschaftslagers suchen. Im Juni nehmen Eberswalder am Sommerfest in Police teil.

Neben den Veröffentlichungen wie z.B. in der BBP zu den KZ-Außenlagern »Eisenpalterei« und »Waldeslust«, erschien kürzlich im PS-Verlag die Broschüre »Das Märkische Stahlformwerk, das Werklager und das Waldlager Britz«, eine Dokumentation zum Aufbau einer Ardeltschen Rüstungsschmiede mit dem Aufbau der Lager, untersetzt mit viel Zahlenmaterial. Im zweiten Teil erzählen Betroffene aus In- und Ausland über das wenig bekannte Lager. 17 Farbbilder geben einen Überblick über das Lager, an welches heute nichts mehr erinnert. Im Herbst wird es eine nächste Broschüre über das Messingwerk mit vielen bisher unbekanntem Fakten geben.

HOLGER KLICHE, GWI

Vor den Helden verneigt

Wie in den Jahren davor fanden sich auch an diesem 8. Mai ca. fünfzig Teilnehmer ein, um jene zu ehren, die ihr junges Leben für unsere Befreiung vom Faschismus gaben.

Es war ergreifend zu sehen, wie sich einige Veteranen vor den Gräbern in Eghrfurcht verneigten, nachdem sie ihre Kränze niedergelegt hatten. 279 Sowjetsoldaten fielen bei den Kämpfen um Eberswalde.

Neben den jungen deutschen Kindersoldaten, die noch gar nicht gelebt hatten. Einer dieser Kindersoldaten war Gerhardt Lenz. Er fiel bei der sogenannten Verteidigung der »Westenschule« im Wald an den Drehnitzwiesen. Noch am 20. April war der Fünfzehnjährige zum Oberjungenschaftsführer befördert worden, ebenso Werner Weler, der den Krieg verwundet überstand.

Fünfzig Teilnehmer ist wohl eine kleine Zahl, aber sie drückt aus, daß das damalige Geschehen auch heute noch nicht vergessen ist und nach wie vor gilt: »Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!«

KURT GEMPIN

Tag der Befreiung



Am 8. Mai fand die Kranzniederlegung anlässlich des 61. Jahrestages der Befreiung statt. Im stillen Gedenken haben sich viele Eberswalder Bürger am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Str. versammelt und Kränze wie auch Blumen niedergelegt. Wir möchten allen Bürgern für ihre Teilnahme danken.

WALDEMAR HICKEL, Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft Eberswalde

Kalenderblatt: 28.Juni*

Faktische Aufhebung des Asylrechts durch Art.16a

Als Jacob Grimm, einer der Göttinger Sieben, die 1837 wegen ihres Protests gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover des Landes verwiesen worden waren, unter großer Anteilnahme des Volks und der Studenten die Landesgrenze überschritt, da trat eine einfache Frau, die einen Knaben an der Hand führte, auf ihn zu und sagte: »Gib dem Herren die Hand, er ist ein Flüchtling!«

Diese Ermahnung des Knaben, dem Flüchtling seinen Respekt zu erweisen, ist heute, da viele Flüchtlinge bei uns anklopfen und der Innenminister in regelmäßigen Abständen mit Stolz die sinkende Zahl von Asylsuchenden meldet, nicht ohne Brisanz.

Es ist nicht bekannt geworden, daß man sie den jungen Einsatzkräften des BGS in das

»Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling!«

Schulungsmaterial geschrieben hätte. Viel wahrscheinlicher aber ist, daß ein Handschellenhersteller vom Geist der Novellierung des Asylrechts getragen, diesen Satz seinen Produkten – in modifizierter Form, also zeitgemäß – eingravieren läßt: »Umschließe fest des Herren Handgelenk, er ist ein Flüchtling!«

Ein deutscher Spaß, könnte er sagen, Ausdruck seines Mitgefühls für die hart gebeutelten Einsatzkräfte des BGS und eine stete Ermahnung, dafür zu sorgen, daß die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zügig und sicher durchgeführt werden können.

HARTMUT LINDNER

* Grundgesetzänderung 1993: Ersetzung des Art. 16 Abs.2 Satz 2 durch Art. 16 a (Asylrecht), vom BVerfG am 14.5.1996 für verfassungskonform erklärt

Nicht länger Feigenblatt sein

Hartwin Schulz tritt vom Sprecherrat des Brandenburgischen Viertels zurück

In den vergangenen Wochen hat es im Brandenburgischen Viertel viele Veränderungen gegeben. Sie begannen mit dem Beschluß zur Schließung der Kita Spatzennest. Ich kritisiere noch heute die Art und Weise der Schließung, weil die Kinder und Eltern auf diesem Weg nicht mitgenommen wurden. Die Reaktion auf den Hilfeschrei der Eltern auf der Stadtverordnetenversammlung und im Bildungsausschuß war außerdem kein positives Beispiel für gelebte Demokratie.

Im Sprecherrat haben wir den schmerzlichen Beschluß fassen müssen, auch den Quartiershof in der ehemaligen EDEKA-Kaufhalle zu schließen. Die Schließung ist auch das Ergebnis eines nicht vorhandenen Managements. Wir haben es zugelassen, daß so viel Geld in das Bürgerzentrum fließt und die Kaufhalle schließen muß.

Ich hatte darüber kaum durchgeatmet, da verschärfte sich das Problem zur Oberschule Albert Einstein. Das Erleben in Ausschüssen, in der Stadtverordnetenversammlung, auf der Schüler/innen-Demo und in Gesprächen läßt mich bis zum heutigen Tag nur vermuten, daß eine Schließung der Schule gewollt und längst beschlossen ist. Das Rumeiern des amtierenden Bürgermeisters Landmann zu den rasanten Veränderungen im Stadtteil ist für mich unerträglich geworden.

Weiterhin habe ich den Eindruck, daß sind Planungen über die Veränderungen (Abriß) im Viertel als Sprecherrat vorenthalten werden. »Kommen Sie doch mal in unser Büro, Herr Schulz, dann zeigen wir ihnen was geplant ist!« darf ich mir von den Stadtwerken sagen lassen. Und wieder werden die Einwohner/innen wohl vor vollendete Tatsachen gestellt.

Ich traf neulich eine Mutter aus der Prignitzer Straße. Mit ihr wurde ein Gespräch geführt, daß ihr Haus wegkommt und sie umziehen muß. Ich fragte sie, ob sie im Stadtteil bleibt. Sie sagte mir: Die Stadt macht es mir nicht gerade leicht. Erst nehmen sie mir meine Wohnung, dann haben sie mir meine Kita genommen (der jüngste Sohn ist im Spatzennest) und nun wollen sie auch noch die Schule für meine Söhne nehmen.

Ich bin auch persönlich enttäuscht. Spätestens zur drohenden Schließung der Albert-Einstein-Schule hätte ich auf die Demo-Solidarität des Sprecherrates gehofft. Wo waren die Wohnungsunternehmen an diesem Tag? Warum hat nicht auch die Kita Gestiefelter Kater protestiert? Warum gab es so wenig Solidarität aus der Grundschule? Hätte die Quartiersmanagerin nicht vorne weg laufen müssen? Wo war die SHG Kontakt?

Höhepunkt für mich war ein Gespräch mit einem Stadtverordneten, der mir sagte, wir sollten im Viertel alles vermeiden, was dazu beiträgt, daß die Menschen sich mit ihrem Viertel identifizieren.

Noch leben hier Menschen! Und sie sind keine Verschiebeware!

Zudem läßt man die Menschen im Stadtteil mit diesen Veränderungen allein. Es soll wohl im Juni ein Gespräch über den Stadtteil geben. Ich glaube nicht mehr daran, daß dieses Gespräch ein Miteinander mit den Menschen im Stadtteil wird.

Als Mitglied und Vorsitzender des Sprecherrates stellt sich darum die Frage, ob ich meine Funktion weiterhin ausführen kann. Die Frage stellt sich mir ebenso als Mitarbeiter der Kirchengemeinde und als Christ.

Null Asyl

Das Bundesinnenministerium hat jetzt bestätigt: Die Zahl der anerkannten Asylbewerber tendiert inzwischen gegen Null! Die deutsche Politik zielt auf eine praktisch flüchtlingsfreie »Insellage« mitten in Europa und delegiert den Flüchtlingsschutz an die Länder entlang der EU-Außengrenzen, erklärt der Europasprecher von Pro Asyl, Karl Kopp.

Um weitere Fluchtbewegungen zu unterbinden, hat sich Mauretanien bereit erklärt, die von Berlin und Brüssel geforderte Sicherung seiner Außengrenzen zu intensivieren: durch die Errichtung von Internierungslagern auf mauretanischem Boden!

Die Lager entstehen auf Druck der deutsch inspierten EU-Politik zur Abwehr von Armutsströmen aus Afrika. Damit erreicht die hochtechnologisierte Abschottung der EU gegen die westafrikanischen Küstenstaaten ihren vorläufigen geographischen Endpunkt im Westen des Kontinents. Zugleich verschärft die Bundesregierung das sogenannte Zuwanderungsgesetz und erleichtert damit erneut die Abschottung des eigenen Territoriums zu Lasten der angrenzenden Transitstaaten.

GERD HERRMANN (aus: listex)

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum

»Wege zur Gewaltfreiheit«,

16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Darum habe ich beschlossen ihnen mitzuteilen, daß ich ab sofort nicht mehr dem Sprecherrat angehöre. Denn der Sprecherrat ist zu einem Feigenblatt für nicht mehr nachvollziehbare Entscheidungen verkommen.

Ich gehe mit meiner Entscheidung auch sehr selbstkritisch um. Was habe ich zugelassen? Meine Zeit und meine Kraft waren aber immer auch begrenzt.

Ich habe für mich überlegt, wie ich es zukünftig mit meiner Mitarbeit in der Redaktion der Stadtteilzeitung halte und habe mir dazu die einzelnen Ausgaben noch einmal angesehen. Zur Stadtteilzeitung ergibt sich für mich ein ähnliches Bild. Wir haben für die Geldgeber ein positiveres Bild vom Stadtteil gezeichnet, als es wirklich ist. Die Zeitung hat für mich die Autorität verloren, auch mein Sprachrohr zu sein.

Die Situation der Oberschule Albert Einstein hat mich gelehrt, daß es an der Zeit ist, eine neue Position zu beziehen. Ich möchte es so nennen, für die demokratischen Rechte der Bewohner/innen einzutreten.

HARTWIN SCHULZ, 3. Mai 2006

DIE LINKE Jugend Eberswalde gegründet

Eberswalde (cr). Am Sonntag, dem 21. Mai wurde in Eberswalde eine offizielle Jugendgruppe der Linkspartei.PDS gegründet. Anwesend waren VertreterInnen der Linkspartei.PDS, des parteinahen Jugendverbandes [´solid – Die sozialistische Jugend] sowie ein Sympathisant der SAV (Sozialistische Alternative Voran). Die

zwölf Anwesenden verständigten sich bei gegrillter Wurst und strahlendem Sonn... Regenwetter auf eine offene Diskussionskultur und die Einbindung aller interessierter linker Eberswalder Jugendgruppen. Einstimmig wählten sie Aileen Mulemba (16) als Sprecherin, sowie Sebastian Walter (16) als ihren Stellvertreter.

Mühlespielmeisterschaft in der Zainhammer Mühle

Am kommenden Pflingstsonntag ist es wieder soweit. Der Kunst- und Kulturverein »Mühle e.V.« sucht die besten Mühlespieler der Stadt und lädt zur 4. Mühlespiel-Meisterschaft von Eberswalde ein. Wir wollen mit diesem Turnier das ehemals altbekannte Mühlespiel vor dem Vergessen bewahren.

Welcher Ort wäre dazu besser geeignet, als die Zainhammer Mühle, dem letzten Mühlengebäude in der Stadt Eberswalde. Gespielt wird an Mühlespielbrett-Tischen mit handteller-großen Steinen. Der Sieger erhält den Mühlenpokal, der traditionell von einem Künstler der Mühle gestiftet wird. Den diesjährigen Siegerpreis, eine gedrechselte Holzschale, hat der leider kürzlich verstorbene Dr. Karl-Heinz Apel zur Verfügung gestellt. Ein Sonderpreis kommt außerdem von der Keramikerin Angelika Swodenk.

Das Mühlespiel ist eigentlich kinderleicht und darum für die ganze Familie geeignet. Das Turnier am 4. Juni beginnt um 14.30 Uhr.

Die Zainhammer Mühle Eberswalde in Nähe des Krankenhauses und des Forstbotanischen Gartens ist wie gewohnt im Rahmen des »Mühlensommers« auch an den anderen Pflingstagen von 14.30 bis 18 Uhr für Besucher geöffnet.

Neben einer kleinen Dauerausstellung zur wechselvollen Geschichte der Zainhammer Mühle ist vor allem die aktuelle Kunstausstellung des Berliner Werbegrafikers und Künstlers Dieter Groß sehenswert, die bereits am Eröffnungstag über 130 Besucher aus Nah und Fern anzog.

Neu ist auch ein Wandbild an der Mühlenuußenfassade. Von einer Nische über der Eingangstür blickt nun die Schutzpatronin der Müller auf die Spaziergänger herab und beschert dem Mühlenverein hoffentlich eine weiterhin erfolgreiche Zukunft.

Ein Besuch der Zainhammer Mühle lohnt sich also auf jeden Fall.

REINHARD WIENKE, Mühle e.V.

Pflingsten in Altenhof

Auch wenn viele vielleicht schon etwas vor haben noch einen kleinen Tip zum Pflingstwochenende. Nun schon zum 13.mal lädt der Altenhofer Kulturkreis zum Pflingstkonzert an den Werbellinsee.

Diesmal werden sich auf unserer kleinen Bühne Heiner Frauendorf und Andreas »Spider« Kerzke am Sonntag den 4. Juni ab 16 Uhr auf dem Gelände des Bootshauses »Am Breten« die Ehre geben.

Bereits am Samstag um 11 Uhr eröffnet eine Ausstellung mit textilem Kunsthandwerk von Maringa Hölzel ihre Pforten, bevor am Sonntag gegen Zwölf wieder der Ruf erschallt:

Kesselgulasch ist fertig!!!!!!

Um 16 Uhr beginnt dann eine kleines literarisch, musikalisches Programm mit Heiner Frauendorf, Akkordeon und Texten von und mit Andreas »Spider« Kerzke von den Berliner Surfpoeten.

GÜNTER LANDMANN,

Vorsitzender altenhofer kulturkreis e.V.

Neue FAX-Nummer

Gut einen Monat nach der jüngsten Änderung unserer FAX-Nummer wurde der gerade eingerichtete Faxdienst wieder abgeschaltet. Ein Nutzer des Faxdienstes hatte den Service mißbraucht, um massenhaft Werbe-Faxe zu verschicken. Die Bundesnetzagentur als Aufsichtsbehörde reagierte mit der Forderung, die entsprechende Faxnummern-Gruppe abzuschalten. Wir mußten demnach wiederum eine neue FAX-Nummer einrichten.

Diese lautet: **0 18 05 / 22 10 40 973**

GERD MARKMANN

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
 Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (8), Hickel (1), Triller (1)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktions-schluß: 27. Mai 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24.6.2006, 12 Uhr.